

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7593.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Pfeifzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 35.

Sonnabend, den 31. August 1912.

16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Zur Teuerung. — Schlechte Tarifdurchführung. — Eine große Berliner Baufirma insolvent. — Wie in der Hartsteinindustrie die Bundesratsverordnung respektiert wird. — Der Kapitalismus und das Familienleben der arbeitenden Klassen. II. — Korrespondenzen. — Glänzender Aufschwung der englischen Gewerkschaften. — Rundschau. — Dittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Aus den preussischen Gewerbeinspektionsberichten. — Verschmelzung der Krankenkassen. — Sie lernen das Gruseln. — Der Tarifvertrag, ein Rechtsverhältnis. — Literarisches. — Feuilleton: Reiseplaubereien.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret find: Mülhausen (Els.): Plaz Bröder. — Harburg: Firma Mayer. — Lüttschenbach (Baden): Firma Moriz Cheregetti. — Windischeschenbach: Firma Zimmer & Meyerhöfer. — Hausenberg: Gebrüder Kerber. — Laucha: Plaz Heinisch.

Dür-Arnsdorf. Die Granitarbeiter haben in der verflohenen Woche den Streik abgebrochen.

Wurzen, Rönitz, Falkenhain und Umgebung. In den hiesigen Plastersteinbetrieben herrscht äußerst flotter Geschäftsgang. Die Kollegen allerorts werden aber dringend ersucht, die Arbeitsangebote unbedingt abzulehnen, weil noch eine Anzahl Kollegen vom letzten Streik gemahregelt sind. Plastersteinarbeiter, übt Solidarität!

Alt-Warthau. Die Hilfsarbeiter bei den Firmen Feidler und Schilling stehen in Lohnbewegung.

Hasserode (Hara). Im Granitwert „Steinerne Renne“ wurden Lohnabzüge in Aussicht gestellt. Die Lohnreduzierung beträgt teilweise 30 Prozent. Die Kollegen allerorts werden dringend ersucht, Arbeitsangebote nach dem Wertplatz sowie nach Bruch Sandtal abzulehnen. Vermutlich will Herr Reich für das Werk Arbeiter anwerben.

Röttschau-Taubenheim (Lausitz). Zum erstenmal ist mit den Granitwerksbesitzern ein Tarif zum Abschluss gekommen. Es stehen nun hier alle Granitarbeiter unter tariflich geregelten Verhältnissen.

Hadersleben. Die Sperre über die Firma Schwarz ist aufgehoben. Der Firmeninhaber hat sich mit unseren Kollegen in gütlicher Weise geeinigt.

Schweiz. Laufen ist zu meiden.

Oesterreich. Gesperret find: Reichenberg, Gablonz, Stanislau, Triefst, Marbach, Budapest, Gyor.

Italien. Carrara. Etwa 9000 Marmorarbeiter sind soeben in den Streik getreten. Ein näherer Bericht ist uns vom internationalen Steinarbeiter-Sekretariat noch nicht zugegangen.

Zur Teuerung.

Die wachsende Teuerung ist ebenso eine internationale Erscheinung wie der jährige Rückgang der Geburten. Beide Tatsachen der Weltwirtschaft stehen in engem Zusammenhang. Daher kann weder das eine noch das andre Problem gelöst werden, wenn sie nicht gemeinsam ihren Ausgleich finden.

Gegenwärtig leben wir wieder in Deutschland unter einem unerträglichen Hochdruck der Teuerung. Die Wortführer der protestantischen und katholischen Junker, die als Parteien organisiert — Konservative und Zentrum heißen, pflegen die Klagen über die heimische Teuerung damit zu beantworten, daß ja auch alles im Ausland teurer wird. Das ist richtig. Aber diese Goldschreiber und Goldschreiber des Großgrundbesitzes entwurzeln mit diesem Eingeständnis die ganze Wirtschaftspolitik, die sie doch gerade aufrecht erhalten wollen. Der Hochschuhzoll wurde und wird begründet mit der billigen Produktion des Auslandes, deren freier Wettbewerb für das Inland zerstörend wäre. Wird jetzt zugegeben, daß auch im Ausland alle Preise so gestiegen sind, daß selbst die Grenzöffnung und Zoll erleichterung nichts mehr nützen wird — nun, warum öffnet man nicht die Grenzen und erleichtert die Zölle, wenn die verbilligte und entlastete Einfuhr, nach der eigenen Behauptung, nicht mehr imstande wäre, die heimischen Hungerpreise zu senken?

Wenn sich die Feudalinteressenten gleichwohl weigern, diese Maßnahmen zuzulassen, wenn Regierungen, Konservative und Zentrum um einiger Tausend Großgrundbesitzer willen die Volksernährung und die Volksgesundheit ferrütten, so ist die wahre Ursache dieses frevelhaften Widerstandes der ungeheureliche Anspruch des standesgemäß Konsumierenden, daß — obwohl das Ausland keine ruinöse Konkurrenz mehr zu leisten vermag — die deutschen Preise doch noch weit über die ohnehin hohen Weltmarktpreise getrieben werden sollen. Dieser Zweck ist erreicht, Deutschland heute das Land der teuersten Fleisch- und Brotpreise, während Löhne und Einkommen der Masse tief unter den Lebensbedingungen der anderen gleichartigen Industriestaaten stehen. Die Teuerung ist international, aber die

deutsche Teuerung übersteigt die internationale Erscheinung ins schlechthin Unerträgliche.

Im Vorjahre hatten wir eine ausgezeichnete Getreidernte. Das deutsche Volk hatte deshalb kein billigeres Brot; denn die Junker schafften durch die als Ausfuhrprämien wirkenden Einfuhrschemine das deutsche Getreide aus dem Lande, so daß russisches Vieh billiger mit deutschem Getreide gefüttert wurde, als deutsche Kinder mit deutschem Brot. Feuer lauten — wegen der nassen Witterung — die Erntemnachrichten zum Teil ungünstig. Die Preise steigen also erst recht, da die Zollmauer den Ausgleich durch günstigere Auslandsrenten hindert.

Die Futtermittelzölle sind ein Verbrechen am konsumierenden Volke wie am produzierenden Bauern. Sie werden aufrecht erhalten durch die wuchernden Großgrundbesitzer und ihre parteipolitischen Zutreiber: die Konservativen und das Zentrum.

Dr. Heim hat es büßen müssen, daß er für die Aufhebung der Futtermittelzölle und für die Einführung argentinischen Fleisches eintrat. Er mußte vom politischen Zentrumschauplatz verschwinden und übrig geblieben ist von ihm nur die Erfüllung seiner Prophezeiung, daß Hungerpreise in diesem Jahre eintreten würden, da die Bauern nichts zu verkaufen haben, aber die Junker den Markt beherrschen.

Die sehr vorsichtig schätzende Arbeitsmarktkorrespondenz hat berechnet, daß im Durchschnitt die wöchentlichen Haushaltungskosten für Nahrungsmittel einer vierköpfigen Familie seit Juli 1911 um 1.73, seit Januar 1912 um 2.50 (auf 26.10 Mk.) gestiegen sind. Der Jahresverdienst müßte also seit dem Januar 1911 um 135 Mk. gestiegen sein, wenn nur ein Ausgleich für die Lebensmittelversorgung erreicht werden soll — ganz abgesehen von der zunehmenden Teuerung aller andern Dinge, Wohnung, Feuerung, Kleidung und den wachsenden Steuern. Und die Lebensmittelpreise steigen unausgesetzt, zu den hohen Fleischpreisen gesellen sich jetzt hohe Brotpreise.

Und all diese Not um etlicher Tausend Großgrundbesitzer willen. Denn daß auch die Bauern durch das heutige System schwer belastet werden, diese Erkenntnis hat dem Bauern doktor Heim die politische Erlösung gekostet! Die ruchlose Zollbelastung der Futtermittel — der Gerstenzoll belastet das Kilo Schweinefleisch um 5½ Pfg., der Maiszoll mit 11 Pfg. (nach Berechnungen Auenhagens) — beweist allein, daß ausschließlich das Interesse der alles produzierenden Junker die deutsche Agrarpolitik bestimmt hat.

Die notwendige Wirkung stellt sich jetzt ein: Die Geburtenzahl geht so stark zurück, daß die Wissenschaft bereits von einem katastrophalen Geburtensturz spricht. Die Quasialber kommen bereits mit ihren Mitteln: Zuchtstrafen für die Antündigung von Mitteln zur Verhütung der Konzeption. Das Zentrum klagt die Sozialdemokratie an und preißt den Mißbrauch der kirchlichen Einrichtungen und der religiösen Gefühle zur Vermehrung der Bevölkerung.

Alle Behauptungen derkommen Volksauswucherer, der schwarzen Zuhälter des Junkertums, sind falsch. Bisher ist nicht das Land und nicht die Kirchlichkeit, sondern das Industrie proletariat die unerlöschliche Quelle der Bevölkerungsvermehrung gewesen. Die künstliche Einschränkung der Geburten war bisher Sitte der Bevölkerungskreife, die ihren Besitz nicht durch allzu große Erbteilung zersplittern wollten. Den geringsten Geburtenüberschuß leisten in ganz Deutschland jene bairischen Mittelstädte, die ganz und gar unter Zentrumsherrschaft stehen; vielleicht daß die Reichstuhlpolemik gegen Verhütung der Konzeption gerade hier aufklärend und — anregend gewirkt hat. Dagegen über treffen gerade die bairischen sozialdemokratischen Industriezentralen an Geburtenüberschuß weit den staatlichen Durchschnitt wie die rein ländliche Bevölkerung.

Dem bestlosigen Proletariat, das kein Erbe zu verteilen und keine Hoffnung hat, seine vielen Kinder für höhere Berufe zu erziehen, ist die Zunahme der deutschen Bevölkerung zu danken. Die großstädtische Wohnungsnot selbst hat diese Fruchtbarkeit nicht wesentlich gehemmt; man hauste eben in grauenhaft überfüllten Höhlen.

Jetzt aber tritt die Teuerung der Nahrung hinzu, und nun beginnt sich die Entwicklung zu ändern. Gustav Bruker hat kürzlich in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik „Die Verteuerung der Lebensmittel in Berlin im Laufe der letzten 30 Jahre und ihre Bedeutung für den Berliner Arbeiterhaushalt“ untersucht. Eines der wichtigsten Ergebnisse seiner sorgfältigen Berechnungen ist der Nachweis, wie die Zunahme der Familie bei der Teuerung der Lebensmittel auf die Lebenshaltung wirkt. Die gleiche Lebenshaltung könne erreichen:

die Familien mit 4—6 Mitgliedern u. 1200—1300 Mk. Einkommen	8
„ „ „ 6 „ „ 1900—2000 „	6
„ „ „ 8 „ „ 2300—2400 „	8

Der Verfasser fügt hinzu, daß der tüchtige verheiratete Arbeiter, der heute unter 1500 Mk. jährlich verdient, mit vollem Recht die Forderung der Lohnreduzierung stellt.

Erkennt man in der obigen Tabelle, in welcher Weise mit jedem Kinde der Lohn gesteigert werden müßte, sofern man nur die bisherige Lebenshaltung beibehalten will, so ergeben sich die Folgerungen ganz von selbst. Die starke Familienvermehrung bedeutet das Sinken der Familie unter den proletarischen Stand, die Unterernährung als Massenerscheinung.

Die Erkenntnis dieser furchtbaren Wirkungen wird sich jetzt auch im Proletariat durchsetzen. Keine Zuchtstrafen und keine Traktanden, weder die angebotenen Schreden der

diesseitigen noch der jenseitigen Hölle werden diesen Prozeß aufhalten. Der Junkertribut, den das Volk zu entrichten hat, muß den Rückgang der Volksvermehrung herbeiführen, weil die von dem schwarz-blauen Bloß getriebene Wucherpolitik im Interesse der Großgrundbesitzer fortwährend die gewerkschaftlich errungene Lohnsteigerung wieder aufzuheben droht. So gestellt sich naturnotwendig zum Kampf um höhere Löhne die Einschränkung der Kinderzahl.

Wir stehen erst am Beginne dieses Prozesses, der die größte Revolution der Gesellschaft herbeiführen wird, wenn er sich erst voll durchgesetzt hat. Die soziale Frage von morgen ist der Menschenmangel, sofern nicht endlich die Herrschaft der „Ritter und Heiligen“, der Konservativen und des Zentrums, gestürzt wird.

So steht die Frage: Will das deutsche Volk Kinder erzeugen, nähren, erziehen — oder zieht es vor, an der Erhaltung schmarogender Junker zugrunde zu gehen?

Schlechte Tarifdurchführung.

Aus vielen Zahlstellen wird uns gemeldet, daß die Unternehmer schon jetzt bemüht sind, an einzelnen tariflichen Bestimmungen herumzumäkeln. In den Monaten Mai, Juni und Juli, also in der Zeit des flotten Geschäftsgangs, scheinen dementsprechende Differenzen weniger vorgekommen zu sein. Die Kollegen müssen selbstredend darauf bedacht sein, daß von Seiten der Herren Unternehmer die Tariffrage respektiert werden. Damit wir sagen wollen, daß jeder Kollege den richtigen Lohnsatz ohne Scheu und Furcht verlangen soll. Es gibt viele Verbandsmitglieder, die ein Auge zudrücken, wenn an Stellen einige Pfennige fehlen. Aber die nicht angebrachte Reklamation wird den Palier veranlassen, beim Berechnen der Werkstücke immer mehr zugunsten seines Chefs zu operieren. Aus den Sandsteingebieten: Niederhessen, Pirna und Umgebung, Miltenberg und Faulbach, sowie aus den Granitgebieten des Rißtalgebirges, der Lausitz und dem Kreuze Striegau, gehen uns beinahe täglich Meldungen über die eigenartige Auslegung der tariflichen Bestimmungen zu. Häufig lautet der Refrain: Ja, wenn jetzt schon abgezwaht wird, wie soll das erst in den Herbst- oder Wintermonaten werden. — Desgleichen wird uns gemeldet, daß die Schiedsgerichte nicht so funktionieren, wie man dieses voraussetzen müßte. In einigen Gebieten versuchen die Herren Unternehmer, die Sitzungen möglichst lange hinauszuschieben, zur Begründung wird geschäftliche Unabkömmlichkeit vorgehütet. — In einem andern Gebiete wiederum kam bisher ein Schiedsgericht überhaupt nicht zustande. Das sind Zustände, die nicht dazu angetan sind, daß arbeitserseits viel Glauben vorhanden ist, daß die Unternehmer besonders tarifstreu wären.

Sehr häufig müssen die Kollegen bei den Tarifverhandlungen die „Beherrschung“ entgegennehmen, der Steinarbeiterverband sei nicht tarifstreu. Begründen können die Unternehmer einen solchen Vorwurf natürlich nicht, was aber einige Herren nicht hindern wird, mit diesem Argument bei den kommenden Verhandlungen wieder zu operieren.

Wir haben schon angedeutet, daß es einen Teil unter unsern Mitgliedern gibt, welche es sehr häufig unterlassen, den tariflichen Satz zu verlangen. Das ist eine Tatsache, an der wir nicht achlos vorbeigehen sollen. Besonders die örtlichen Funktionäre müssen unablässig dahin wirken, daß die Mitglieder in diesem Sinne erzogen werden, daß für sie die tariflichen Positionen unumstößliche Gesetzesbestimmungen sind.

Eine große Berliner Baufirma insolvent.

Es erregte in Berlin großes Aufsehen, daß gegenüber der bekannten Baufirma Berndt der Konkurs angemeldet werden mußte. Allerdings sind neue Bestrebungen im Gange, um den Konkurs zu verhüten. Es soll ein Arrangement getroffen werden, damit sich die Gläubiger mit einer Abfindung begnügen möchten. Denn wenn das Konkursverfahren durchgeführt wird, erhalten sie noch weniger. Der Grundstein schreibt über das Fallissement der Firma Berndt:

Was dieser Krach bedeutet, ergibt sich aus der Feststellung, daß die Verbindlichkeiten der Firma etwa zehn Millionen Mark betragen, wovon allein zwei Millionen auf die Lieferanten entfallen. Es handelt sich also um ein Ereignis von wirtschaftlicher Bedeutung, das weit über die eigentlichen Kreise des Baumarktes hinausgreift. Bei einer Durchführung des Konkursverfahrens hätten die Gläubiger, wie in einer Gläubigerversammlung erklärt wurde, so gut wie nichts zu erwarten, weil die Aktiven in Terrains, Grundstücken und Hypotheken bestehen und so schwer zu realisieren wären, daß sie eine verteilbare Masse im Konkursverfahren nicht ergeben würden. Dieser Situation müssen die Gläubiger wohl oder übel Rechnung tragen, sie haben von neuem Verhandlungen zur Betreibung einer Sanierungsaktion durch Gründung einer Gesellschaft eingeleitet, die den größten Teil der Geschäfte der Firma Berndt übernehmen soll.

Nach den Einigungsverhandlungen wird eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von zwei Millionen Mark gegründet, die stillen Gesellschafter übernehmen zum Ausgleich ihrer Forderungen in Höhe von 750 000 Mk. Aktien im Betrage von 375 000 Mk., von den Lieferanten werden die Forderungen in Höhe von 1,9 Millionen Mark in die neuzugrundende Gesellschaft eingebracht, und zwar gegen Vergütung von 10 Prozent ihrer Forderungen in bar und 40 Prozent in Aktien. Alle Gläubiger, denen Sicherheiten gestellt sind — das sind vornehmlich der Schaffhausenische Bankverein und die Deutsche Bank — erklären sich gegen Überlassung der ihnen gestellten Sicherheiten als befriedigt. Außerdem hat sich der Schaffhausenische Bankverein verpflichtet, 615 000 Mk. Aktien in bar zu übernehmen. Ob diese Vorschläge angenommen werden, ist noch

nicht gewiß, da der Widerspruch eines einzigen Gläubigers genügt, um das Projekt hinfällig zu machen. Indes haben die Vorschläge Aussicht auf Durchführung, da nach den erwünschten Feststellungen in der Gläubigerversammlung, die von dem Konkursverwalter bestätigt wurden, bei einer nicht glücklichen Beilegung für die Gläubiger noch weniger herauskäme.

Natürlich fehlt es jetzt nicht an Kritikern, die dem Inhaber der zusammengebrochenen Firma Mangel an Weitblick und kaufmännischer Begabung vorwerfen. Es erinnert dieses Verfahren an die Worte eines Großkaufmannes, der einem Manne auf die Bitte um seine Meinung über die Ausfichten einer Gründung den Bescheid gab, er würde Geheimer Kommerzienrat werden, wenn er seine Spekulation erfolgreich durchführe, aber als Schuft verurteilt werden, wenn sie mißglücke. Die Firma Kurt Berndt hat nicht nur die Bauausführung, sondern in zahlreichen Fällen auch die Finanzierung der Grundstücke übernommen, sie verpfändete sich zur Befriedigung der ersten und folgenden Hypotheken, übernahm wohl in manchen Fällen auch noch andere und weitergehendere Garantieverpflichtungen. Aus dem Bausgeschäft soll Berndt hohe Gewinne erzielt haben, die in den einzelnen Jahren Summen bis zu 250 000 RM. erreichten. Bei der Fülle ihrer Bauten war die Firma Berndt auf die großen Hypothekengeber angewiesen, um die Hypothekenregelung besorgen zu können, sie war auch Jahre hindurch in der Lage, mit Hilfe der Bankverbindungen die Hypothekengelder zu beschaffen. Zumeist lombardierten Banken und die mit ihnen zusammenhängenden Unternehmungen der Firma Berndt Hypotheken oder kauften sie; von den Lieferanten erhielt die Firma langfristige Kredite, da sie bei ihrer bedeutenden Stellung auf dem Baumarke großes Ansehen genoß, das durch die Kenntnis ihrer intimen Beziehungen zu den Großbankern gewiß noch erhöht wurde.

Ununtersucht und unbekannt wird anscheinend leider bleiben, zu welchen Bedingungen die Banken die Geschäfte mit der Firma Berndt gemacht haben; je schwieriger die Baumarkeverhältnisse wurden, um so kostspieliger werden die Bedingungen (Zinsen, Provisionen und Extraverpflichtungen) wohl für Berndt geworden sein. Anscheinend glaubte er aber, der Bank sicher zu sein, die sich jedoch bei der zunehmenden Verschlechterung der Großberliner Baumarkeverhältnisse, an denen sie überaus stark beteiligt sind, gedrängt sahen, ihre Forderungen und Bauengagements nach Kräften einzuschränken und so auch die Verbindungen mit Berndt lösten. Vielleicht trugen zu diesen Entschlüssen der Banken Ausfälle bei, die die Firma Berndt an zwei großen Bauten erlitt. Bei einem Hotelbau an der Weidendammerbrücke, den Berndt für eine G. m. b. H. ausführt, ist die Fundamentierung ganz erheblich teurer geworden, als sie veranschlagt war, und weiter verursachte die Errichtung des „Zollernhofes“ (Unter den Linden), der auf 4½ bis 5 Millionen Mark veranschlagt war, einen Mehraufwand von 1 bis 2 Millionen. An diesem Bloß, der von den Linden nach der Mittelstraße zu durchgeht und einen Vier- und Bureaupalast trägt, ist die Firma Berndt noch selbst beteiligt, indem sie zusammen mit dem Vorbesitzer Anteile einer G. m. b. H. Zollernhof übernahm. Die erste Stelle auf diesem Grundstück ist in der Höhe von vier Millionen Mark von der Deutschen Grundkreditbank in Gotha erlangt worden, auch weitere Hypotheken waren gesichert, darunter eine zweifelhafte fünfzehn Jahre laufende Hypothek von 1½ Millionen Mark der französischen Gesellschaft S. Industrielle Foncière, die vor kurzem eine besondere deutsche Aktiengesellschaft errichtete. Einen äußerst ungünstigen Einfluß übte der Zusammenbruch der Firma Kurt Berndt selbst dann aus, wenn die Gründung zur Sanierung glückte.

Wir haben diese interessanten Ausführungen hierhergesetzt, um zu zeigen, wie verworren manchmal die Gänge sind, die der Kapitalismus wandelt.

Es kracht weiter!

Der Baumarke in Großberlin verschlechtert sich immer mehr. Niemand weiß, wo das noch hingehen soll. Alle, früher angelegene Baugeschäfte wanken, viele verschwinden langsam und langsam von der Bildfläche, und häufig ist nicht einmal genug Geld vorhanden, um den Konkurs anzumelden. Massenhaft gehen Handwerkerforderungen verloren. Die Zahl der Substationen und Zwangsverwaltungen hat eine nie gesehene Höhe erreicht. Alle in Steglitz bei Berlin sind seit dem 1. Januar d. J. mehr als 130 Substationen ausgebrochen; nicht viel besser steht es in Schmaragdberg, Schönberg, Tempelhof, Friedenau und den östlichen Vororten. Die Zahl der Zwangsverwaltungen aber ist viel größer als die der Zwangsversteigerungen. Erste Hypotheken sind schwer und dann nur sehr kostspielig zu beschaffen, zweite und fernere Hypotheken überhaupt nicht. Die Preussischen Konfols haben einen Kurstiefstand erreicht, wie er höchstens im Kriege denkbar ist. 3½prozentige Konfols stehen 89,70, früher 105.

Wie in der Hartsteinindustrie die Bundesratsverordnung respektiert wird.

Die deutsche Hartsteinindustrie hat sich in den letzten zehn Jahren geradezu glänzend entwickelt, und zwar direkt im kapitalistischen Sinne. Mit dieser Entwicklung hat sich aber das soziale Empfinden der Herren Unternehmer absolut nicht gehoben. Wir erinnern bloß daran, daß besonders die Pflastersteinindustriellen gegen tarifliche Abmachungen sind. Die Kollegen haben besonders darüber zu klagen, daß die Bestimmungen der Bundesratsverordnung so gut wie gar nicht eingehalten werden. Wir haben nun bei einigen Zahlstellen eine Umfrage veranstaltet. Aus den eingegangenen Berichten haben wir folgende Meldungen hervorgehoben:

A n d l a u. Die Frühstücksbude ist schlecht. Ueberdies herrscht noch der vierwöchentliche Zahltag. Bei der Firma C. Störz müssen die Arbeiter das Schließmaterial selbst bezahlen.

A u e. Die Firmen Weißhorn, Salzer, Wochmann und Groß stellen für die Pflasterer keine Schuttdächer. Die Kantinenverpachtung bringt einem Unternehmer schönen Gewinn.

A r n s b o r f (Rauß). Schuttdächer werden nur den Putzern gestellt. Die Speller und Pflastersteinmacher kennen einen solchen Luxus nicht. Die Unternehmer sind wahrscheinlich der Meinung, daß die „Unbibden“ der Witterung diesen zwei Kategorien gesundheitlich sehr zuträglich sind.

F l o ß (Oberpfalz). Die Bundesratsverordnung wird hier mit großer Kaltblütigkeit umgangen. Das bedeutet denn den Unternehmern Gesundheit und Leben der Arbeiter?

S o m m e r n (Bezirk Magdeburg). Der § 4 der Bundesratsverordnung scheint für die Steinbruchbesitzer überhaupt nicht zu bestehen. Es sind hier 850 Arbeiter beschäftigt; aber soweit die Unfallversicherung und der Arbeiterschutz in Frage kommen, herrschen Zustände, die einfach jeder Beschreibung spotten. Die hiesigen Firmen liefern nur an städtische und staatliche Bauverwaltungen. Die Arbeiter können nicht begreifen, wie diese Behörden auf die Lieferanten keinen andern Einfluß ausüben.

R e t t e n. Die Werkplätze werden sehr mangelhaft vom Schutt gereinigt. Die Frühstücksbuden sind bei den Firmen Adler, Steininger und Hofmarktrichter viel zu klein.

O b e r m e n d i g. Betreffs der Schuttdächer für die Pflastersteinträger muß gemeldet werden, daß hier in den Ballastwerken kein einziger Schläger ein solches gestellt bekommt. Die Schuttdächer müssen sich die Schläger selbst beschaffen. Die Unternehmer sind hier natürlich stramme Zentralsleute.

P i l g r a m s r e u t h. Die Arbeitsbuden für die Steinmehnen werden hier überhaupt nicht gefördert. Die Unternehmer weigern sich mit Nachdruck, den Drechern Zelte zur Verfügung zu stellen.

R ü n i c h. Den Pflastersteinträgern stellen die Unternehmer Schuttdächer nicht. Die Unternehmer heimsen große Gewinne ein, aber die Arbeiterschutzvorschriften werden ignoriert.

S e l b. Die Frühstücksbuden spotten jeder Beschreibung. Trinkwasser ist bloß angedeutet vorhanden.

Strehlen. Wir haben hier die größten deutschen Pflastersteinwerke. Den Firmen Schall, Böcker u. Nikolai fällt es aber nicht ein, Schuttdächer laut Bundesratsverordnung zu stellen.

Ströbel. § 4 der Bundesratsverordnung wird in straflicher Weise seitens der Unternehmer hintergangen. Im Jahre 1911 sind etwa 30 Unfälle vorgekommen. Zum Knaststrafen werden 125 Frauen beschäftigt.

W i l d e m a n n. Den Herren Unternehmern ist es sehr angenehm, wenn recht viel produziert wird. Die selbstverständliche Pflicht kennen aber die Herren nicht, daß uns Schuttdächer und gut ventilierte Kantinen zur Verfügung gestellt werden. Dagegen ist das Blechmarkensystem etabliert. Dadurch wird das übermäßige Trinken gefördert.

Hier bringen die Unternehmer Neuerungen technischer Art in ihren Betrieben an, als daß sie sich die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen angelegen sein lassen.

Der Kapitalismus und das Familienleben der arbeitenden Klassen.

II.

Es ist wohl ohne weiteres klar, daß die den arbeitenden Klassen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zur Verfügung stehenden Mittel sich aus der kapitalistischen Produktionsweise ergebenden Mittel gänzlich unzulänglich sind. Ja, solche Mittel, wie Ueberstundenarbeit und Heimarbeit, sind nicht nur unzulänglich, sie sind ungeeignet und verwerflich, weil sie das Familienleben der arbeitenden Klassen untergraben, Gesundheit und Erziehung schweren Gefahren aussetzen und überhaupt die ganze soziale, körperliche und geistige Entwicklung des Volkes in einem hohen Grade beeinträchtigen. Und trotz dieser Mittel besitzt das Unternehmertum Handhaben genug, um immer wieder einen Druck auf die Lage der Arbeiter auszuüben und willige und billige Arbeitskräfte zu erhalten, selbst bei besserem Geschäftsgange. Darüber gibt auch der bereits angezogene Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten Aufschluß. Es heißt da unter anderem:

„Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Berichtsjahr ist im allgemeinen nicht als besonders günstig zu bezeichnen. Mit der in der zweiten Hälfte des Jahres sich bessernden Geschäftslage der Industrie stellte sich auch eine Steigerung der Lebensmittelpreise ein. Das reichliche Angebot von Arbeitskräften zog auch mehrfach Lohnherabsetzungen nach sich.“

Dieser kurze trockne amtliche Bericht läßt das ganze Elend der arbeitenden Klassen und die ganze Mißere der kapitalistischen Wirtschaftsordnung so recht deutlich erkennen. Wohl hat hier und da der günstigeren Geschäftsgang günstig auf die Lohnverhältnisse gewirkt, aber die gewaltige Verteuerung des Arbeiterverhältnisses macht die günstige Wirkung wieder vollständig zunichte. Das Unternehmertum hat also durch eine zielbewußte und wohlberedete Preispolitik eine Steigerung des Reallohnes nicht eintreten lassen und damit bewirkt, daß ihm die gleichen billigen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Denn die arbeitenden Klassen können mit dem höheren Gelohnen auch nur die zur Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft bereits vorm dem unbedingt aufgetretenen Bedürfnisse befriedigen. Dazu kommt, daß ja infolge des Ueberangebots an Arbeitskräften gar keine Veranlassung für das Unternehmertum besteht, mit dem günstigeren Geschäftsgange auch günstigere Lohnverhältnisse eintreten zu lassen. Es zeigt sich eben, wie unbedingt notwendig es ist, die für das arbeitende Volk so ungünstigen Einflüsse und Wirkungen des Kapitalismus möglichst unwirksam zu machen und der sozialen Entwicklung eine treibende Kraft zu verleihen. Und das ist durch das Eingreifen der erstarkenden modernen Arbeiterbewegung in den Bereich der Möglichkeit gezogen worden.

Darum aber ist es ungenügend, daß für die Stärkung der Arbeiterorganisationen alles getan wird, um ihre Macht zu verfestigen und ihre Entwicklung nach vorn zu treiben. Die organisierten Arbeiter dürfen es daher weder an Mühe und Solidität, noch an Opfermut und Kampfesfreudigkeit fehlen lassen, um der Arbeiterbewegung zu einem bestimmenden Einfluß im Arbeitsvertrage, im öffentlichen und politischen Leben zu verhelfen. Das muß um so mehr von allen organisierten Arbeitern gefordert werden, als das Unternehmertum in einem steigenden Maße zum Vernichtungskampfe gegen die selbständigen und freien Arbeiterorganisationen rüstet und keine Mittel scheut, diesen Vernichtungskampfe erfolgreich durchzuführen. Die Unternehmer scheuen schon um deswillen keine Mittel, weil sie ihre selbständigen kapitalistischen Interessen bedroht sehen, weil sie fürchten müssen, daß die aus ihrer Bedürfnislosigkeit aufgerichteten Massen des arbeitenden Volkes höhere Anforderungen an das Leben und an den Verdienst stellen, daß die Arbeiter ihre Kinder von der Erwerbstätigkeit befreien, deren Erziehung in neue Bahnen lenken und daß sie die Angriffe des Kapitalismus auf das Familienleben erfolgreich zurückzuschlagen werden. Und weil die Unternehmer das fürchten, richten sie mit vereinten Kräften bewußte Angriffe gegen das Familienleben der organisierten Arbeiter, indem sie die Wortführer und gewählten Vertreter der Arbeiter maßregeln und sie in andere Betriebe nicht unterkommen lassen. Wenn Frau und Kinder Hunger leiden — um so besser für die kapitalistischen Herren- und Gewaltmenschen. Je zahlreicher die von dieser Gewaltmaßregel betroffenen Familien sind, um so schneller hoffen sie, ihr unheimliches Ziel der vollkommenen Arbeiterknebelung zu erreichen. Deshalb beugen sie ihre gewalttätige Politik der Aushungerung mehr und mehr auch auf weitere Kreise der organisierten Arbeiterschaft aus, und vielen dieser industriellen Herrenmenschen genügt die bloße Zugehörigkeit „seiner“ Arbeiterinnen und Arbeiter zur Organisation, um sie brotlos zu machen.

Aber noch in einer andern Weise greift das Unternehmertum das Familienleben der Arbeiter in ganz bewußter Absicht an, um sich die benötigten willigen und billigen Arbeitskräfte zu erhalten. So hat eine Dresdener Glasfabrik sehen müssen, daß höhere Lebensinteressen der Arbeiter dazu führen, Arbeitsstätten, die durch Ueberanstrengung, überlange Arbeitszeit und unzureichende Löhne den Arbeitern zur Hölle geworden sind, von Arbeitskräften zu entblößen. Da griff die Betriebsverwaltung mit harter Hand das Familienleben der von ihr beschäftigten Arbeiter an und sandte ihnen folgenden Brief:

Ihr Sohn (Ihre Söhne), welcher früher als Glasmacher in unserer Fabrik gearbeitet hat, jetzt aber anderweit beschäftigt ist, hält sich noch in Ihrer, von uns gemieteten Wohnung auf. Da wir aber nicht zugeben können, daß erwachsene Personen, die nicht bei uns in Arbeit stehen, in unseren Arbeiterwohnungen logieren, so fordern wir Sie hierdurch auf, Ihren Sohn innerhalb acht Tagen auszuquartieren, widrigenfalls wir uns veranlassen sehen, Ihnen Ihre Wohnung per 31. Juli a. c. zu kündigen.

Für die Vertriebsleistung sind die Söhne der von ihr beschäftigten Arbeiter nur „Personen, die nicht bei uns in Arbeit stehen“, und danach richtet sie ihre Maßnahmen ein, wie es gerade die kapitalistischen Interessen fordern. Bekannt ist ja, ein wie großer Druck mit Arbeiterwohnungen und andern sogenannten „Wohlfahrtsanrichtungen“ ausgeübt wird, wenn die in Frage kommenden Arbeiter Lohnforderungen stellen und für ihre Forderungen in den Kampf eintreten. Dann wird auf die Familie und deren Interessen, die sich an die Heimat knüpfen, nicht die geringste Rücksicht genommen — das kapitalistische Interesse der Unternehmer will es so.

Die menschlichen Interessen der arbeitenden Klassen wollen es aber anders. Sie erwecken das Verlangen nach einem größeren Anteil am Leben, der aber nur durch einen größeren Anteil am Arbeitsertrage gewährleistet wird. Es kann darum gar nicht ausbleiben, daß die Erkenntnis, durch größeren Anteil am Arbeitsertrage zu höheren Lebensinteressen zu gelangen, unter den arbeitenden Klassen mehr und mehr an Boden gewinnt. Und zu diesen höheren Lebensinteressen gehört das Interesse an einem größeren Familienglück und an einer wirklichen Kindererziehung. Es gehört auch dazu, daß die Erwerbstätigkeit aus der Familie verbannt wird

nicht in dem Sinne, daß die Erwerbstätigkeit der Frauen aufgehoben werden soll. Diese soll aber in hygienisch einwandfreie Arbeitsstätten verlegt, auf höchstens acht Stunden beschränkt und andern höheren Lebensinteressen entsprechend bezahlt werden. Die Erwerbstätigkeit der Kinder muß aber verschwinden, und die Kinder erwerbstätiger Mütter müssen unter erzieherische Aufsicht gestellt werden, um sie vor Schaden zu bewahren. Das alles kann aber nur durch die vereinte Kraft errungen werden. Von selbst erhalten die arbeitenden Klassen nichts. Denn der Kapitalismus, der selbst vor Familie, Kinderglück und Menschenleben nicht halt macht, gibt nichts von seinem Raube heraus, ohne dazu gezwungen zu werden. Es ist ein harter Kampf, aber er muß gekämpft werden — um der Armen der Armen, um der Kinder, um der Menschheit willen. Drum helfe, wer nur irgend kann, daß dieser Kampf auch zum Siege geführt wird!

Korrespondenzen.

Beucha (Bezirk Leipzig). Am 25. August tagte im Feldschloßchen zu Beucha eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung der beiden Zahlstellen Grimma und Beucha. Dieselbe beschäftigte sich mit der Wahl des Lokalbeamten und der Festlegung der Vereinigungsbestimmungen der genannten bisherigen Zahlstellen. Um den Posten des angustierenden Lokalbeamten waren vier Bewerbungen eingegangen, darunter auch eine unfruchtbar langjährige Vorstehenden der Zahlstelle Beucha, Kollege Schlegel. Als Leiter der Versammlung wurde Kollege Kuckackel gewählt. Kollege Siebold-Beipzig erbat im Auftrage der beiden Zahlstellenverwaltungen und der Wahlkommission Bericht über die in dieser Sache gepflogenen Verhandlungen. Die nach längerer Debatte vorgenommene Wahl ergab die Wahl des Kollegen Schlegel mit großer Majorität. Eine rege Debatte entspann sich über die Bestimmungen der Verschmelzung. Nach geringen Abänderungen wurden die von der Kommission vorgeschlagenen Bestimmungen angenommen. Unter anderem wird den Mitgliedern der Zahlstelle Grimma nach der Verschmelzung der lokale Krankengeldzuschuß ohne jedwede Karenzzeit gewährt. Ueber den Sitz der verschmolzenen Zahlstellen konnte man sich lange nicht einig werden. Schließlich entschloß man sich, den Sitz in Beucha zu belassen. Hierfür waren auch die Gründe, welche von den Beuchaer Kollegen vorgebracht wurden, bestimmend. Kollege Schlegel dankte der Versammlung für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er werde jederzeit bemüht sein, sich daselbst zu erhalten. Auch ersuchte er die Kollegen, ihn allezeit zu unterstützen, denn nur vereinte Kräfte führen zum Ziel. Auch Kollege Siebold ermahnte die Kollegen, in Zukunft die Arbeiten dem Lokalbeamten nicht allein zu überlassen, sondern jederzeit bereit zu stehen. Mit einem Hoch auf die „neue“ Zahlstelle fand die Versammlung ihren Abschluß.

Bromberg. In einer wichtigen Besprechung sind die Kollegen am 23. August zusammengekommen. Ganz unerwartet sind die Einladungen hierzu erfolgt und etwas Außerordentliches mußte vorliegen. Verhältnismäßig zahlreich waren die Kollegen, Steinmehnen wie Schleifer, auch erschienen. Kalt es doch, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu besprechen; war es doch an der Zeit, die Mißstände in den einzelnen Werkstätten einer berechtigten Kritik zu unterziehen. Wie aus dieser traurigen Lage herauszukommen ist, wurde durch den Genossen Hermann Parwig, Kartellvorsitzender, klar beantwortet. Eine Klarlegung über Zweck und Ziel der Organisation ist denn somit auf fruchtbaren Boden getragen worden. Mit einem ersten Appell, daß es höchste Zeit ist, sich dem Verbanne anzuschließen, endete sein Vortrag. Mit anerkenntnisvoller Aufrichtigkeit hat eine große Anzahl Kollegen aus der Branche der Kunststeinschleifer ihren baldigen Eintritt erklärt. Zur Wahl eines Vorsitzenden und Kassierers konnten wir aus tatsächlichen Gründen noch nicht schreiten. Der Besuch des zuständigen Gauleiters ist in den zukünftigen Versammlungen sehr erwünscht. Mit der Ueberzeugung, daß die nach langer Zeit endlich ins Leben gerufene Zahlstelle durch tatkräftige Unterstützung der Kollegenkraft von Dauer bleiben wird, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Demitz-Schumitz. Am 15. August fand in Neu-Schmölln eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende Beyer gab zunächst den Kasienbericht sowie die Mitgliederbewegung vom 2. Quartal bekannt. Die Revisoren bestätigten die Ordnung und die Richtigkeit der Bücher und Kasse, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Betreffend der Mitgliederbewegung verdient hervorgehoben zu werden, daß letztes Quartal 63 Neuaufnahmen zu verzeichnen sind. Einer scharfen Rüge unterzogen wurde die Rückständigkeit einiger Kollegen mit ihren Beiträgen; dieselben sollen im nächsten Quartal veröffentlicht werden, wenn sie bis dahin nicht ihren Pflichten nachgekommen sind, eventuell sollen sie ganz gestrichen werden. Ferner sind eine ganze Anzahl mit der Lokalmarke im Rückstande. Es ist dies Sache der Platzkassierer, mit diesem Rückstande aufzuräumen. An Stelle eines ausgeschiedenen Revisors wurde B. Hesse gewählt. Unter Verdichtendem wurde das Verhalten der Unternehmer bezüglich der Sperre verurteilt. Wie mitgeteilt wurde, ist dieselbe von Seiten der Unternehmer aufgehoben worden. Zureisende Kollegen haben sich erst beim Vorsitzenden B. Beyer zu melden. Ueber die Unordnung in einigen Betrieben bezüglich langer Arbeitszeit entsann sich ebenfalls eine lebhafte Debatte. Dieses betrifft namentlich die Firma Günath. Diese Firma möchte überall ihre Betriebe als muttergütig angesehen haben, in dieser Hinsicht ist sie aber weit hinter den andern Firmen zurück. Wegen Nichterhaltung der Bundesratsvorschriften soll der Vorsitzende bei der Gewerbeinspektion Beschwerde einreichen. Weiter beschwerten sich die Anwesenden, daß von den Unternehmern einige Positionen unseres Tarifs zu ihren Gunsten ausgelegt werden, so daß die betreffenden, um zu ihrem Rechte zu kommen, erst Protest erheben müßten. Zum Schluß gab der Vorsitzende noch einige Mitteilungen über den Stand der Angelegenheit betreffend unseres Hausbaues. Derselbe geht nunmehr bald seiner Vollendung entgegen. Als beachtenswert verdient hervorgehoben zu werden, daß sämtliche Steinmeharbeiten aus Granit ausgeführt sind.

Deheln. Es ist wirklich an der Zeit, daß wir uns wieder einmal mit dem Pflastersteinbruch des Herrn Minner beschäftigen. Da nun durch den fünf Monate langen Kampf wieder Ruhe eingetreten ist, scheint man sich aber nicht recht daran gewöhnen zu können, auch dafür zu sorgen, den Arbeitern genügendes Rohmaterial zu verschaffen. Nein, durch Injunkte in der „Bayrischen Zeitung“ werden immer noch Leute herangelockt. Es können ja noch 40 bis 50 Steinhauer hier tätig sein, meint Herr Minner. Wir möchten Herrn Minner und seinem Helfer Max Leit den guten Rat geben, dafür zu sorgen, daß ihre Arbeiter nicht immer mit leeren Händen in den Hofentaschen umherstehen müssen, sonst könnte einmal der Zeitpunkt kommen, wo die Arbeiter eine andre Stellung einzunehmen gezwungen sind.

Floß. Am 18. August fand in Flossenbürg eine Bezirksversammlung für die Zahlstellen Floß und Flossenbürg statt. Der Besuch hätte von beiden Zahlstellen besser sein können. Nach Eröffnung der Versammlung erläuterte Kollege Senft in längeren Ausführungen unsere bisherige Tarifgemeinschaft und nahm besonders die einseitige Berechnungsart einzelner Unternehmer unter die Lupe. Auch muß noch betont werden, daß die Kollegen den Unternehmern die einseitige Auslegung des Tarifs dadurch erleichtern, daß sie sich nicht die Mühe nehmen, ihre Werkstücke nachzurechnen. Die Kollegen sollten sich bei jedem Stück gewissenhaft überzeugen, daß der tarifliche Lohn auch bezahlt ist. Weiter wurde noch darauf hingewiesen, daß die Unternehmer beständig jammern, daß sie unter der Konkurrenz der Zwischenmeister sehr zu leiden hätten. Hier muß jedoch die Frage gestellt werden: Wer begünstigt denn das Zwischenmeisterystem am besten? Gerade unsere Unternehmer sind es, die ängstlich beschrei sind, ja recht viele dieser Zwischenmeister zu fördern, um nötigenfalls die Arbeiter besser gegeneinander auszuspielen zu können. Die Ersatzwahl zur Tarifkommission wird einer eigenen Versammlung der Flossenbürger Zahlstelle überlassen. Auch die Verschmelzungsfrage soll erst in der nächsten Bezirksversammlung

lung ihre **Erledigung finden**. Kollegen! Ihr wisst, daß im nächsten Frühjahr unser Tarif abläuft. Sorgt dafür, daß bis zu dieser Zeit unsere beiden **Zahlstellen kampfstark** sind. Dies ist jedoch nur möglich, wenn wir den letzten Mann dem **Verbande** zugeführt haben.

Verband. Die Kollegen der Zahlstelle hielten am 11. August im **Solza Brenner** ihre Monatsversammlung ab. Zu Punkt 1 gab Kollege **Kramer** den Bericht vom Kartell. Im zweiten Punkt wurde an Stelle des früheren **Kassierers** der Kollege **Dietz** gewählt. Unter Vorsitzendem wurde der **Ausschluß** eines Kollegen aus dem **Verbande** beschlossen. Ferner wurde das **Verhalten** der Kollegen bei der **Firma Buchmayer** gerügt, welche noch eintägiger **Arbeitsruhe** 4-5 **kl. pro Woche** erzielt haben. Es wurde den Kollegen ans **Serz** gelegt, auch weiterhin **zusammenzuhalten**. Dieses galt auch für die Kollegen anderer Betriebe, damit späterhin für die **Allgemeinheit** etwas **errungen** werden könne. Zuletzt wurde angeordnet, unter den fernstehenden Kollegen **reger zu agitieren** und die **Versammlungen** besser zu **besuchen**.

Kirchheim-Randersacker. Die **Stimmen** bei der **Firma P. H. Solzmann u. Co.** in den beiden **Kirchheimer** Betrieben mühten fortgesetzt auf die **Arbeitsstücke** **stunden- und tagelang** warten. Dadurch und den **weiteren** Umständen, daß in den genannten **Geschäften** nur **glatte** und die **modernsten** ausgefallenen, nach dem **Mischelkalkultar** äußerst **ungünstigen** **Arbeiten** angefertigt werden, ist der **Verdienst** ein **sehr niedriger**. Wiederholt wandten sich die Kollegen an die **Betriebsleitung** und ersuchten, doch wenigstens für **ausreichende** **Arbeit** zu sorgen. Meistens wurde eine **ausweichende** oder **verhöhnende** Antwort gegeben. Da alle **Vorstellungen** nichts nützten, wandte man sich an die **Generaldirektion** in **Frankfurt**, und ersuchte um **Abstellung** der **eigenartigen** **Verhältnisse**. Die **Generaldirektion** hat nun die **Beschwerde** schriftlich der **hiesigen** **Betriebsleitung** übermitteln. Der **Herr Betriebsleiter**, ein äußerst **scheidiger** norddeutscher Herr, hat nun die **Zuschrift** der **Gauleitung** sofort einigen **Randersacker** **Kleinunternehmern**, wie uns **gesagt** wurde, **vorgelesen**. Die **bezeichneten** Meister hatten nichts **Eiligeres** zu tun, als den **Randersacker** Kollegen **vorzureden**, wir hätten von der **Firma Solzmann** **gefordert**: sie solle **keinerlei** **Arbeit** mehr von den **Kleinunternehmern** anfertigen lassen, und es müsse **jede** **Arbeit** in **Kirchheim** **gemacht** werden. Diese **Behauptung** ist **unwahr**. Es wurde von der **Firma** **verlangt**, daß **außer** der **glatten** **Arbeit** auch **zwischen** **einmal** ein **Profilstück** in den **Kirchheimer** **Betrieben** angefertigt werden möge. Außerdem wurde **strikte** **verlangt**, daß **vor** allen **Dingen** **entweder** für **genügende** **Arbeit** gesorgt werden möge, oder man solle den **Leuten** über die **Arbeitsgelegenheit** **klaren** **Wein** einflößen. Also ein **Sonderrecht** wird **absolut** für die **Kirchheimer** Kollegen **nicht** **gefordert**. Es fällt aber **zweifellos** auf, daß die meisten **Ergebnisse** die **Profilarbeit** in den **Kleinbetrieben** anfertigen lassen. **Entweder** fordern dort die Kollegen **nicht** den **tarifmäßigen** **Lohn**, oder die **Kleinunternehmer** liefern ihre **Arbeit** **halb** **unpünktlich** an die **großen** **Firmen**. Die Kollegen werden **allerorts** **angefordert**, ihren **Tarifflohn** zu **fordern** und in **eventuellen** **Streikfällen**, nachdem ihre **Klammationen** **ausfruchtlos** waren, unter **Einschaltung** der **Stimmen**, der **Gauleitung** **hieselben** zu **unterbreiten**. Gegen die **Behauptung**, daß wir von der **Firma Solzmann** **gefordert** hätten, es solle **keine** **Arbeit** in **Randersacker** **angefertigt** werden, wenden wir uns und **bezeichnen** **dieselbe** als **Nägel**. Die Kollegen haben also die **Ergänzungen** einiger **Unternehmer** **zurückzuweisen** und **also** das zu **erklären**, was sie sind. Eine **Abschrift** des **Briefes** an die **bezeichnete** **Firma** **besteht** sich **übrigens** im **Besitze** der **Ortsverwaltung** von **Randersacker** und kann **dieselbe** **jederzeit** **eingesehen** werden.

Kleinrandsacker. Einen **großen** **Sieg** hat der **Christliche** **Keramiker** **und** **Steinmetz** **Verband** in unserm **Mischelkalkultargebiet** nun **endlich** nach **vielen** **Mühen** **errungen**. Aus **Kist** sind **drei** **Arbeiter**, weil sie **eine** **Christliche** **Versammlung** **unmöglich** **gemacht** haben, zu **empfindlichen** **Gefängnisstrafen** **verurteilt** worden. **Selbstverständlich**, wie es **bei** den **kommen** **Christenmenschen** **immer** **heißt**: die **Sozialdemokraten** sind die **Schuldigen**, so auch in diesem **Falle**. **Erreicht** sind aber die **Secretäre** des **Keramiker** **Verbandes** über diesen **Erfolg** **ausserordentlich**: man sah es **ihnen** in der **Schiffengerichts-** **sitzung**, die **letzthin** in **Witzburg** **stattfand**, an. Der **Christliche** **Vorsitzende** der **Hinderfelder** **Zahlstelle** **billigte** **ganz** **quittschdammig** dem **Secretär** **Behringer** zu, nachdem der **Antisemit** **keinen** **Antrag** auf **Gefängnisstrafe** wegen der **Laf** **gestellt** hatte. **Herr** **Behringer** **lächelte** **ebenfalls** **zufrieden** über den **Erfolg**. Auch wir **gratulieren**, **wiewohl** wir **bedauern**, daß sich die **fraglichen** **Arbeiter** zu **solchen** **unbedachten** **Handlungen** **hinsetzen** **lassen** und **einige** **Zeit** **wegen** der **kommen** **Christen** **brünnen** **missen**. Dem **Erfolg** lag folgender **Sachverhalt** **zugrunde**: Am 2. **Ostertag** wollte **Herr** **Schedel**, der **Bezirksleiter** des **Christlichen** **Verbandes**, eine **Zahlstelle** in **Kist** **gründen**. Einige unserer **Hinderfelder** **Kollegen** **machten** sich **ebenfalls** auf den **Weg** nach **Kist**, als sie **hörten**, daß **Schedel** in einer **öffentlichen** **Versammlung** **referieren** würde. Sie **wollten** **gern** **einmal** den **„gottlich** **äußerst** **hochstehenden“** **Christlich-national-sozialen** **Arbeiter** **secretär** **sprechen** **hören**, da es **ihnen** in **Hinderfeld** **bisher** **nicht** **möglich** war, **indem** **bisher** alle **Versammlungen** **hinter** **verschlossenen** **Türen** **tagten**. In **Kist** waren auch **Plakate** **angebracht**, daß alle **Steinmetz** **eingeladen** seien, also eine **öffentliche** **Versammlung** **stattzufinden**. Durch die **Verhandlung** wurde aber **nicht** **recht** **festgestellt**, ob **dieselbe** **öffentlich** oder **nur** für die **Mitglieder** des **Christlichen** **Verbandes** **einberufen** war. Als **Herr** **Schedel** unsere **Hinderfelder** **Kollegen** in der **Gaststube** sah, **saß** **ihm** ein **Schred** in alle **Stieber** und er **erklärte** auf **Befragen**: **nur** die **Könnten** an der **Versammlung** **teilnehmen**, die sich **ruhig** **verhielten**! Auf **gut** **Deutsch** **besteht** das: **die** **sich** **nicht** **herausnehmen**, in der **Diskussion** **sprechen** zu **wollen**, **können** **teilnehmen**, **andere** **nicht**. **Als** **unser** **Kollegen** die **schlotternden** **Akte** des **Secretärs** **sahen**, **empfangen** sie **Mitleid** und **verzichteten** auf den **Besuch** der **Versammlung**. Der **Christliche** **Vorsitzende**, ein **Herr** **Borch**, **früherer** **Schubmayer** **leitender** **Stimm**, gab auch **bekannt**, daß die **Versammlung** **nicht** **öffentlich** sei. **Drei** **Kister** **Arbeiter**, **Länger** **usw.**, die **unserem** **Verband** **nicht** **angehören**, auch **keine** **Mitglieder** der **sozialdemokratischen** **Partei** **sind**, **gingen** in den **Saal**, wo die **Versammlung** **stattfinden** sollte, und **benahmen** sich in **einer** **nicht** zu **entschuldigenden** **Weise**. **Drohungen** **über** **Drohungen** wurden **ausgesprochen**. Es **kam** **im** **Laufe** der **Auseinandersetzung** zu **einer** **regelmäßigen** **Kellerei**, die es **unmöglich** **machte**, daß die **Versammlung** **abgehalten** werden konnte. In der **Verhandlung** wurde der **Beweis** **erbracht**, daß die **ganze** **Aktion** der **drei** **Leute** **nur** **benutzt** wurde, um eine **Rauserei** zu **machen**. Der **Antisemit** **bestimmte** die **Laten** auch **nur** als **solche** in **seiner** **Anklage**. Das **Keramiker** **Blatt**, das **früher** **Volksblatt** und der **Laubert** **halten** die **Geschichte** nun so **dar**, als **wenn** die **Berurteilten** **Mitglieder** **unseres** **Verbandes** **wären** und im **Auftrage** der **Sozialdemokraten** oder **unser** **Verbandes** **gehandelt** hätten. **Diese** **Behauptungen** **sind** **Lügen**. **Jedoch** mit **Rück-** **sicht** auf den **mangelnden** **Agitationsstoff** **ist** den **Christlichen** **Secretären** und den **genannten** **Zeitungen** der **Vorgang** ein **gefundenes** **Dressen**. **Unser** **Kollegen** sei für die **Zukunft** **empfohlen**, den **Christlichen** **Zeitungen** **absolut** **nicht** **nachzulassen**, um in eine **Versammlung** zu **gelangen**, sondern sie **durch** **Nachsetzung** zu **ignorieren**. **Denken** die **genannten** **Zeitungen** **lügen** und **nicht** **den** **Wahrheit** **haben**, in **aller** **Deffentlichkeit** **ihre** **Ziele** und **Zwecke** zu **vertreten**, **achtet** man **nicht**, sondern **läßt** sie **laufen**. **Denke**, die **glauben**, **nur** **durch** **Gerichts-** **verhandlungen** und **Beleidigungsklagen** **sich** ein **Ansehen** und **Beachtung** zu **schaffen**, **beachtet** man **dementsprechend**. **Kollegen** des **Mischelkalkultargebietes**, **handelt** in **diesem** **Sinne**!

Königsberg. Am 12. August tagte unsere **Monatsversammlung**. Zu **Punkt** 1 verlas der **Kassierer** den **Kassenbericht**. Auf **Antrag** wurde dem **Kassierer** **Dehagere** **erteilt**. Zu **Punkt** 2 wurde der **Kartellbericht** **erstattet**, der sich meistens um das **Gewerkschafts-** **gesetz** **dreht**. Der **Vorsitzende** verlas dann noch ein **Schreiben** vom **Se-** **retär**. Im **Verschiedenen** wurde der **Platz** **Schwarz-Rosenstein** **besprochen**. **Herr** **Post** **sucht** **immer** **Stimmen** zu **85** **Pfg.** **Stun-** **denlohn**, **und** **wenn** **es** **da** **ist**, **so** **muß** **Herr** **Post** **70** **bis** **75** **Pfg.**

und wohl noch etwas zu; nämlich **Dhrseigen**. Es wurde der **Antrag** **gestellt**, den **Platz** zu **sperrn** und den **Arbeitsuchenden** zu **raten**, vorher beim **Vertrauensmann** **anzufragen**.

Kottbus. Am 18. August fand im **hiesigen** **Keilschen** **Restaurant** eine vom **Gauleiter** **Hansche**-**Berlin** **einberufene** **Versammlung** **zwecks** **Gründung** einer **Zahlstelle** **Kottbus-Guben** **statt**. **Kollege** **Hansche** gab in **seinem** **glänzenden** **Referat** eine **umfassende** **Dar-** **stellung** über das **Wachsen** der **Gewerkschaften**. **Eingehend** **schil-** **derte** er, wie **schon** **sich** **ebenfalls** der **Steinmetz** **Verband** **entwickelt** **hätte**. **Als** **Gauleiter** **betrachte** er es als **eine** **Hauptaufgabe** mit, **ebenfalls** in den **Grabsteinbetrieben** **intensiv** mit der **Agitation** **ein-** **zusetzen**. **Das** **Referat** fand **lebhaft** **Zustimmung**. — **Die** **An-** **wesenden** **erklärten** sich als **Verbandsmitglieder** und wurde **sonit** **die** **Zahlstelle** **Kottbus-Guben** **gegründet**.

Leipzig. In einer am 21. August im **Volkshaus** **gemeinschaft-** **lich** mit den **Marmorarbeitern** **stattgefundenen** **Versammlung** **er-** **stattete** der **Vorsitzende** **Bericht** über die **letzte** am 1. August in **Dresden** **verlaufene** **Tariffkommissionsitzung**. **Die** **Meister** **wollten** **für** **einige** **Zugeständnisse** **ein** **Entgegenkommen**, und zwar **Ab-** **änderung** von **Punkt** 42 des **Tariffs**. **Sie** **wollten**, daß **für** die **unter** **diesem** **Punkt** **fallende** **Arbeit** **Stundenlohn** **zulässig** **ist**. **Ein** **An-** **trag**, den **Punkt** 42 zu **belassen** wie der **Tarif** **besteht**, wurde **ein-** **stimmig** **angenommen**. **Die** **Gesellen** **sind** **nicht** **gewillt**, vor **Ab-** **lauf** des **Tariffs** eine **Änderung** **vorzunehmen**. **Weiter** **gab** der **Vor-** **sitzende** **bekannt**, daß **sich** die **Marmorarbeiter** **laut** **angenommener** **Reso-** **lution** in ihrer **Branchenversammlung** **weigern**, die **ein-** **geführte** **Einheitsmarke** mit **85** **Pfg.** zu **bezahlen**; **dieselbe** **soll** **wie** **bisher** **mit** **70** **Pfg.** **für** **sie** **beibehalten** **werden**. **In** der **Diskussion**, welche **teilweise** **recht** **lebhaft** **war**, **versuchte** **Kollege** **Siebold** vom **Zentralvorstand** nach **einer** **gemachten** **Aufstellung** den **Sandstein-** **arbeitern** **klarzulegen**, daß **die** **Marmorarbeiter** **zurzeit** **nicht** in der **Lage** **wären**, den **erhöhten** **Beitrag** zu **leisten**. **Die** **Sandstein-** **arbeiter** **erkannten** aber die **gemachten** **Ausführungen** **nicht** **für** **stich-** **haltig** an. **Der** **erneut** **eingebrachte** **Antrag**, die **Einheitsmarke** mit **85** **Pfg.** (einschließlich der **Marmorarbeiter**) zu **bezahlen**, wurde **angenommen**. **Ein** **Vorschlag**, dieses **Jahr** ein **Verbleib** zu **ver-** **anstellen**, wurde **ebenfalls** **angenommen** und ein **Komitee** von **vier** **Männern** **gewählt**, welches die **Bearbeitungen** **hierzu** **machen** **soll**. **Unter** **Gewerkschaftlichen** **wurden** **Mißstände** bei der **Firma** **Wirth-** **Markleeberg** **gerügt**, **indem** **dort** **beschäftigte** **Kollegen** **anstatt** **8** **Stunden**, wie der **Tarif** **für** **Sachsen** **besteht**, **9** **Stunden** **arbeiten**. **In** **Zukunft** **soll** **dieses** **unterbleiben**, und die **Kollegen** **müssen** **sich** **nach** **dem** **Tarif** **halten**. **Zum** **Schluß** **wurde** **noch** **ein** **Antrag**, **für** **aus-** **gekennzeichnete** **franke** **Kollegen** eine **Liste** **zurückzugeben** zu **lassen**, **an-** **genommen**.

Striegan. Wie wird unser **Tarif** **eingehalten**? **Mit** **dieser** **Frage** **beschäftigte** sich die am 23. August tagende **Mit-** **gliederversammlung**. **Der** **starke** **Besuch** **ließ** auf den **ersten** **Wid-** **er** **erkennen**, daß die **Kollegen** **Gewicht** **darauf** **legen**, daß **die** **im** **Früh-** **jahr** **festgelegten** **Zugeständnisse** **eingehalten** werden. **Dies** **läßt** **aber** **viel** **zu** **wünschen** **übrig**. **Fast** **kein** **Tag** **vergeht**, wo **nicht** in **irgend** **etwem** **Betrieb** **Lohn** **differenzen** zu **verzeichnen** **sind**. **Zunächst** **wurde** **ein** **Mißstand** auf die **ganze** **Tariffbewegung** **geboten**; **all** **die** **Bedenken**, die **gegen** die **Erneuerung** eines **Stichtariffs** **damals** **erhoben** **wurden**, **zeigen** **sich** **jetzt** **als** **gerechtfertigt**. **Dazu** **kommt** **noch** **jetzt** **die** **inter-** **essante** **Auslegung** **durch** **die** **Polikere** oder **sonstigen** **Angestellten**. **Bei** **den** **Tariffverhandlungen** **wurden** **von** **seiten** **unserer** **Kommissions-** **mitglieder** **vielfach** **Bedenken** **gegen** die **Auslegung** **verschiedener** **Positionen** **erhoben**, die **aber** **von** **den** **Arbeitgebern** **als** **nicht** **stich-** **haltig** **zurück** **wurden**. **Einmal** **sich** **es**: „es **komme** **nicht** **so** **genau** **darauf** **an**, ein **andermal** **wieder** **erkläre** **man** **die** **Ansprüche** **der** **Arbeiter** **für** **selbst** **verständlich**. **Aber** **in** **der** **Praxis** **kommt** **es** **anders**. **Vor** **allen** **Dingen** **wird** **der** **Praxistarif** **systematisch** **umgangen** **oder** **sagen** **wir** **reduziert**. **Der** **Stundenlohn** **für** **Altkorbweber** **ist** **auf** **40-50** **Pfg.** **festgesetzt**. **Der** **höchste** **Satz** **wird** **aber** **nicht** **bezahlt**, sondern es **werden** **45** **Pfg.** **für** **ausreichend** **angesehen**. **Dabei** **ist** **noch** **zu** **erwähnen**, daß **ein** **großer** **Teil** **der** **Arbeiter** **wird** **mit** **60** **Pfg.** **pro** **Stunde** **verloren**. **Es** **herrscht** **allgemein** **die** **Anschauung**, daß **dieses** **Vorgehen** **auf** **eine** **Umverteilung** **der** **Polikere** **zurückzuführen** **ist**. **Ueber** **Differenzen** **mit** **den** **Stimmen** **wurde** **fast** **von** **allen** **Betrie-** **betrieben** **berichtet**; **die** **meisten** **aber** **sind** **bei** **der** **Firma** **Krüger** **zu** **verzeichnen**. **Das** **Tariffansetzen** **des** **Herrn** **Zimmermann** **wird** **uns** **noch** **manchmal** **Gelegenheit** **geben**, **uns** **mit** **obgenannter** **Frage** **an** **dieser** **Stelle** **zu** **beschäftigen**. **Es** **soll** **diesmal** **noch** **ab-** **gesehen** **werden**, **mit** **speziellen** **Fällen** **zu** **dienen**, **da** **wir** **annehmen**, daß **die** **Versammlung** **dazu** **beitragen** **hat**, die **Differenzen** **zu** **vermindern**. **Die** **Tariffkommission** **und** **Ortsverwaltung** **wurden** **beauftragt**, den **Tarif** **streng** **zu** **überwachen**. **Aber** **auch** **die** **Kollegen** **müssen** **sich** **mit** **den** **neuen** **Änderungen** **mehr** **vertraut** **machen**, **um** **jederzeit** **schlagfertig** **zu** **sein** **gegen** **„irrtümliche“** **Auslegerei**. **Nicht-** **einhaltungen** **der** **Umgehungen** **müssen** **sofort** **der** **Ortsverwaltung** **gemeldet** **werden**, **die** **dann** **das** **weitere** **veranlaßt**. **Die** **fast** **be-** **jahte** **Versammlung** **bedauerte** **es** **sehr**, daß **der** **Gauleiter** **trotz** **recht-** **zeitiger** **Einladung** **verhindert** **war**, an **dieser** **wichtigen** **Versamm-** **lung** **teilzunehmen**. **In** **der** **nächsten** **Versammlung** **soll** **er** **einen** **Vortrag** **halten**. **Nach** **Erledigung** **einiger** **interner** **Angelegen-** **heiten** **fand** **die** **Versammlung** **ihre** **Ende**.

Weshofen-Buchholz. Am 18. August fand im **Sokal** **Bräu** **unser** **Monatsversammlung** **statt**. **Nach** **Eröffnung** **derselben** **ver-** **las** der **Kassierer** die **Quartalsabrechnung**. **Sie** **wurde** **von** **den** **Revisoren** **für** **richtig** **befunden**, worauf dem **Kassierer** **Entlastung** **erteilt** **wurde**. **Dann** **referierte** **Kollege** **Wagner** über: **Organi-** **sation** **und** **ihre** **Bedeutung**. **Das** **Referat** **wurde** **mit** **lebhaftem** **Beifall** **ausgenommen**. **In** **der** **Diskussion** **wurden** **verschiedene** **be-** **ruhrliche** **Mißstände** **gerügt**. **Der** **vorgelegene** **wurde**, daß **hier** **mit** **der** **Agitation** **eingesetzt** **werden** **muß**, **denn** **wir** **können** **noch** **eine** **gütliche** **Anzahl** **von** **Mitgliedern** **gewinnen**. — **Die** **Versamm-** **lung** **nahm** **einen** **sehr** **angenehmen** **Verlauf**.

Glänzender Aufschwung der englischen Gewerkschaften.

Dem **loeben** **erhaltenen** **Berichte** des **englischen** **Amtes** **über** **die** **Gewerkschaften** **entnehmen** **wir**, daß **Ende** **1911** **nicht** **weniger** **als** **1185** **Gewerkschaften** **mit** **910** **346** **Mitgliedern** (gegen **1158** **mit** **2** **440** **729** **Mitgliedern** **im** **Jahre** **1910**) **bestanden**. **Die** **Steige-** **rung** **der** **Mitgliederzahl** **im** **Jahresdurchschnitt** **mit** **23,33** **Prozent** **ist** **die** **größte** **jemals** **erreichte**. **Die** **Gewerkschaften** **der** **See-** **und** **Hafenarbeiter** **verdreifachten** **ihre** **Mitgliederzahlen**. **Die** **Entwick-** **lung** **der** **Gewerkschaften** **in** **den** **verschiedenen** **Industriegruppen** **veranschaulicht** **nachstehende** **Tabelle**:

Industriegruppe	Ende 1902	Ende 1907	Ende 1911
Baugewerbe	245 799	193 697	173 036
Bergbau, Steinindustrie	532 638	703 904	747 819
Metall-, Maschinen- u. Schiffbau	337 293	377 556	414 033
Textilindustrie	248 945	357 524	435 339
Beleuchtungsindustrie	64 094	68 833	74 070
Eisenbahnen	74 727	138 837	185 379
Strassenbahn- u. andere Land-			
Transportbetriebe	34 674	41 950	84 089
Seeleute, Hafnarbeiter	59 426	68 809	245 359
Baugewerbe	50 062	68 221	77 161
Verschiedene Berufe	198 787	278 719	346 055
Allgeme			

Richtige Ausgaben für Hoch- und Tiefbauten. In den Stats der deutschen Stadtverwaltungen finden wir große Summen, die für Hoch- und Tiefbauten aufgewendet werden müssen. Die Herstellung neuer Straßenzüge, die Erbauung von Schulhäusern usw. verschlingen enorme Summen. Im Jahrbuch deutscher Städte sind für die Jahre 1907/08 darüber folgende Angaben zu finden:

Stadt	Pro Kopf der Bevölkerung *
Berlin	25 042 175
Bremen	4 653 518
Breslau	9 744 637
Elm a. Rh.	13 796 627
Düsseldorf	14 635 362
Frankfurt a. M.	10 267 987
Leipzig	6 539 651
München	13 319 724
Stuttgart	5 920 601
Dortmund	8 404 467
Halle a. S.	3 021 791
Kiel	7 019 024
Hildesheim	5 753 514
Wiesbaden	6 768 235

* Nach dem Stand der Einwohner vom 1. Dezember 1905.

Die Steinindustrie hat in den Stadtverwaltungen eine gute Kundenschaft, und was besonders vermerkt werden muß, die Unternehmer haben keine finanziellen Risiken. Vorstehende Summen kommen natürlich nur teilweise der Steinindustrie zugute; aber immerhin läßt sich daraus entnehmen, daß die Stadtverwaltungen der Steinindustrie große Aufträge überweisen. Eine statistische Erhebung über die dementsprechenden Ausgaben der Mittel- und Kleinstädte besteht leider nicht, aber immerhin geben auch diese erhebliche Summen für Bauzwecke aus. Als Steinarbeiter haben wir unablässig darauf hinzuwirken, daß bei der Vergabe von Steinlieferungen nur tariffreie Firmen in Frage kommen.

Technischer Fortschritt. Die badischen Städte haben sich auf ein gemeinsames Vorbildprofil geeinigt. Auch die Lieferungsbestimmungen sind nun einheitlich geregelt worden. Diese Neuerungen dürften besonders für den kleineren Steinbruchbesitzer von Vorteil sein.

Schnell verwitert. Eine Baukommission stellte fest, daß die Baumwollenbörsen in Bremen, welche erst vor zehn Jahren erbaut wurde, an den Fassadenteilen starke Verwitterungen aufweisen. Zu den reichgegliederten Fassaden kam Trexendorfer Sandstein zur Verwendung. Die Sachverständigen schätzen die Kosten der Renovierung auf 400 000 Mk. Zu diesen Arbeiten soll nun Oberkirchener Sandstein zur Verwendung gelangen.

Die Hirsch-Dunderschen Schimpfen. In dem Pflastersteingebiet von Groß-Rosen, Zschirnitz und Kalthaus (Schlesien) haben die Gewerksvereine einige Duzend Mitglieder. Bei den in diesem Jahre betätigten Tarifabschlüssen sahen sie nun, daß in unserm Verbands die Interessen der Steinarbeiter in der besten Weise vertreten werden. Darüber war nun der Gewerksvereinssekretär Kessler aus Waldenburg anscheinend sehr besorgt, und er trieb eine dementsprechende Gegenagitation. Unser Kollege Daubenthaler trat nun den Hirsch-Dunderschen in sachlicher Weise entgegen, und das brachte Herrn Kessler so in Harnisch, daß er ein langatmigcs Flugblatt, welches nichts als ungereimtes Kauderwelsch enthält, herausgab. Der Gewerksvereinsleiter denkt mit seiner Schimpfplanonade das Ersetzen zu können, was ihm an beruflichen Kenntnissen fehlt. Der gewichtige Herr Kessler „vernichtet“ im Vorbeiziehen auch noch unsern Kollegen Staudinger. Den Gewerksvereinssekretär wurmt es bitterlich, daß sein Freund Kramer unsern Kollegen Staudinger gegenüber im „Steinarbeiter“ wehmütig wegen seiner ausgesprochenen Verleumdung Abbitte leisten mußte.

Wenn nun die Hirsche denken, daß sie mit ihren Bestrebungen bei den schlechtesten Steinarbeitern Erfolg haben werden, so irrt sich Kessler mit seinen Freunden. Ueberdies, wie kommt es, daß sich die Poliere, Bruchmeister, Geschäftsführer usw. für die Gewerksvereinsfrage so ins Zeug legen? Die Arbeiter erkennen schon daraus, daß die Gewerksvereiner lieber mit zwei als mit einem Auge ins Lager der Unternehmervertreter schielen. Ein altes Sprichwort sagt: „Der schimpft hat Unrecht“, und so kann uns das Gezeir der Gewerksvereiner wenig beeinflussen.

Vom „Siegeszug“ der christlichen Gewerkschaften. Wenn man einen christlichen Duzendagitator reden hört, dann sollte man wundern meinen, wie groß und stark die christlichen Organisationen seien. Kein Tarifvertrag kann abgeschlossen, keine Lohnbewegung geführt werden, ohne die Christlichen, so tönt's uns entgegen. Geht man der Sache etwas näher auf den Grund, so stellt sie sich natürlich meistens anders dar. Zu den stärksten christlichen Organisationen gehört die der Bauarbeiter. Auch sie hatte, wie die meisten christlichen Verbände, bislang ihr Rückgrat in Rheinland-Westfalen. Damit ist es nun in den letzten Jahren merklich anders geworden, wie folgende Uebersicht über die Mitgliederzahl am Schluß des 3. Quartals zeigt:

Jahr	Zunahme	Abnahme
1908	36 074, davon Rheinland-Westfalen 22 853	
1911	41 618	22 536

Die Mitgliederentwicklung der freigewerkschaftlichen Verbände im Baugewerbe zeigt folgendes:

Beruf	Mitgliederzahl		Zunahme		Abnahme	
	1908	1911	1908	1911	1908	1911
Asphalteure	501	1106	605		266	266
Bauarbeiter	221 018	295 688	74 670	20 757	29 212	8 455
Dachdecker	5 446	8 339	2 893	1 252	1 547	295
Stuckateure	6 885	10 781	4 096	1 778	2 531	753
Zimmerer	49 100	59 320	10 220	2 959	3 744	785
Insgesamt	282 750	375 234	92 484	26 746	37 300	10 554

Der Mitgliedererwerb der freien Verbände betrug also mehr als doppelt so viel wie der christliche Verband überhaupt Mitglieder hat. Allein in Rheinland-Westfalen war die Zunahme doppelt so groß wie bei der christlichen Organisation im ganzen Reich. Wenn die Mitgliederentwicklung des christlichen Verbandes in Rheinland-Westfalen sich zur galoppierenden Schwindsucht auswachsen soll, dann müssen die christlichen Bauarbeiter nur dem Loder der Herren Hüske und Genossen folgen, die mit Pathos verkündigten, daß die christlichen Bauarbeiter bei dem nächstjährigen großen Bauarbeiterkampf dieselbe Rolle spielen würden wie der Streikbruch-Gewerksverein im Bergbau.

Der Magistrat von Hannover als Förderer der Unternehmer-Interessen. Wie bei fast allen seinen Kämpfen, so hat der Verband der Steinseher auch bei dem soeben beendeten Steinseherstreik in Hannover die Erfahrung machen müssen, daß sich die maßgebenden Behörden rückhaltlos auf die Seite der Unternehmer stellen. Seit drei Jahren hatten die Unternehmer in Hannover den Abschluß eines Tarifs abgelehnt. Als nun endlich die Arbeiter die günstige Gelegenheit wahrnahmen, um einen Tarifvertrag zu erzwingen, da hatte das städtische Tiefbauamt nichts Gilleres zu tun, als den bedrängten Unternehmern sofort seine Regieeinseher zur Verfügung zu stellen. Es wurde das allerdings damit beschönigt, daß das Verkehrsinteresse eine solche Handlung gebiete. Die Unternehmer aber machten in ihrer Herzensinnlichkeit in ihrem Organ kein Hehl daraus, daß es sich um eine Unterstützungsaktion zu ihren Gunsten handelte. Aber weiter. Ein nichtorganisiertes Unternehmen hatte den Tarif sofort bewilligt und stellte bei seiner Arbeit auch Streikende ein. Er wurde vom Tiefbauamt aufgefordert, die Streikenden zu entlassen — fremde Arbeitskräfte könne er einstellen. Als die Entlassenen, unter denen sich auch einige Leute befanden, die schon vor dem Streik bei dem betreffenden Unternehmer gearbeitet hatten, persönlich das Tiefbauamt aufsuchten, u m darauf hinzuweisen, daß

der Unternehmer eine größere Arbeit doch schon lange vor dem Streik übernommen habe und daß man sie doch dabei arbeiten lassen könne, wurde ihnen rund heraus erklärt, daß, solange der Streik dauert, keine Arbeiten in Angriff genommen werden! — Diese einseitige Stellungnahme des Magistrats hat allerdings nicht zu verhindern vermocht, daß die Unternehmer nun doch einen Tarif abgeschlossen haben, in dem den Arbeitern 5 Pfg. Lohnzulage — auf drei Jahre verteilt — zugestanden wurden. So werden aber die Arbeiter förmlich gewaltam auf den Klassencharakter der heutigen Gesellschaft hingestoßen. Ziehen sie aber daraus die politischen Konsequenzen, dann schreit dieselbe Gesellschaft nach Ausnahme-gesetzen — gegen die Arbeiter —

Von der Betonbaukunst. Vor kurzem sollte die Straßenbrücke bei Fürstenstein (Niederbayern), welche über den Eisenbahn-Einschnitt führt, dem Verkehr übergeben werden. Die Brücke wurde von der in Betracht kommenden Eisenbahnaufirma aus Beton hergestellt. Als man nun eine Stütze herausnahm, gab es einen weit-sich mannehmbarcn Krach, rechts und links von der „neuen“ Brücke senkte sich um circa einen Schuh. Wären nicht noch die andern Stützen eingebaut gewesen, dann wäre die Brücke samt allen Arbeitern, die darauf standen, in die Tiefe gestürzt und es hätte sich ein schweres Unglück zugetragen, dem event. auch Menschenleben zum Opfer gefallen wären. Die „neue“ Brücke muß also abgetragen werden. Angesichts dieses Vorfalls ist denn doch auch zu fragen, wo während des Baues die Oberaufsicht und Oberleitung geblieben ist. In unmittelbarer Nähe der Bahnlinie befinden sich berühmte Granitbrücke. Dieses Material wurde aber von den Baukünstlern ignoriert. Es ist nur zu bedauern, daß in dieser Hinsicht die staatlichen Baubehörden den Naturstein nicht dementsprechend würdigen.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 19. bis mit 24. August 1912.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosensmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).

Fürstenwalde, B. 1.80. Amberg, B. 3.—. König, B. 4.50. Kall-berge, B. 7.80. Mienberg, B. 12.60. Wandsbeck, Ab. 3.25. Merse-berg, Ab. 2.—. Köln II, B. 227.—, E. 5.—. Höpffingen, B. 42.—, K. 5.—. Sulzfeld, B. 193.44, E. 2.50, K. 12.50. Wolfshagen, B. 126.—. Verneck, B. 173.30, E. 4.50, K. 5.20. Malsleben, B. 694.70. Kottbus-Guben, B. 3.50, E. 3.50. Eghershausen, B. 34.—, E. 8.50, K. 4.—. Falkenhain, B. 243.18, E. 9.25, K. 27.70. Frankfurt a. M., B. 300.—, K. 10.—. Hasserode, B. 379.18, K. 1.10. Hauswalde, B. 270.82, E. 0.50, K. 4.90, M. 0.10. Kappelrodt, B. 100.—. Martitzreit, B. 150.—. Nebra, B. 29.40, K. 0.60. Löwenberg, B. 200.—. Schopf-loch, B. 237.50, K. 0.25. Wehlar, B. 42.—, E. 10.—. Auffig, Ab. 7.20. Halle a. S., Ab. 2.70. Köbschütz, B. 4.—. Ortrand, B. 4.80. Greifs-wald, B. 10.80, K. 0.30. Grimmitzschau, B. 18.—. Guben, B. 1.80, E. 0.50. Neufölln, B. 3.—, K. 0.30. Garburg, B. 3.—. Verlebed, B. 15.—, K. 1.—. Hölzfeld, B. 37.80, K. 1.20. Strehlen, B. 800.—. Treuen, B. 268.—, K. 10.—. Falkenhain, B. 47.10. Leipzig, Div. 0.40. Erfurt, Div. 0.20. Forst, B. 12.—. Dülmen, B. 1.50, E. 0.50. Rathenow, B. 4.20, E. 0.50. Zittau, B. 1.10, E. 1.—. Wurzen, B. 392.—. Springe, B. 168.—, K. 10.—. Ruhmannsfelden, B. 44.10, K. 0.65, M. 1.—. Königsbrunn, B. 173.—, E. 10.—, K. 2.50. Darm-stadt, B. 9.24, K. 0.40. Eilenburg, B. 4.20. Kälzschau, B. 4.—. Sternberg, B. 7.80.

Ludwig Geist, Kassierer.

Sendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Post-schnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Beuga. Ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse der Kollegen Paul Botz und Wilhelm Frikowsky, beide aus Striegau, mitzuteilen; andernfalls ersuche ich dieselben, sich selbst zu melden. Die Genannten werden schon wissen, um was es sich handelt. A. Schlegel, Vorkämpfer.

Ebenstetten. Kollege Alois Sigl, gib mir Deine Adresse sofort an; es handelt sich um eine Unfallangelegenheit.

Rupert Zwickl, Steinweg in Leuthen, Post Ebenstetten (Niederbayern).

Kappelrodt. Die Reiseunterstützung wird bei Kollegen Johann Buchner ausgezahlt.

Adressen-Änderungen.

II. Gau (Siegnitz). Die endgültige Adresse des Gauleiters lautet: Georg Steininger, Siegnitz (Schlesien), Felsstraße 26, I. Alt-Warhu I. Vorj.: Karl Weber.

Emmendingen. Kass.: Friedrich Kleinfelder, Heimbam.

Goldberg (Schl.). Vorj.: Gustav Nickel, Pilgramsdorf.

Heidelberg. Vorj.: Matthäus Weigand, Pfaffengasse. Kass.: Franz Kexler, Kleinschmidtstraße 5.

Herbede. Vorj.: Karl Hoppe, Schmale Straße 8. Kass.: Fritz Dieß, Hauptstraße 87.

Kiel. Vorj.: Wilh. Mohs, Hasselmannstraße 21, I. r.

Kottbus-Guben. Vorj.: Edwin Jetsche, Kottbus, Bellevue-straße 21, II. Kass.: Rich. Pech, Kottbus, Dresdener Straße 52.

Stuttgart. Vorj.: Hans Ellwanger, Stuttgart-Hesbach, Böhmiscreutweg 47, IV.

Sulzfeld. Kass.: Joh. Meergraf.

Treuen (Bogtl.). Vorj.: Max Gooßhopp, Schreiersgrün. Kass.: Adolf Kastlitz, Schreiersgrün.

Briefkasten.

Baugen. Die Redaktionen ergaben, daß die Stadt Dresden in den nächsten Tagen schon das enorme Quantum von 18 000 qm boffierten Pflastersteinen (Grünstein-Material) vergibt. Die Schlüsse können nun die Kollegen selbst ziehen. — Halle. Zu unwesentlich. — W. M., Dresden. Freudigt davon Kenntnis genommen. Viele Grüße! — D. Der Wert des Streitgegenstandes beträgt mehr wie 100 Mk., somit ist gegen das Gewerbegerichtsurteil Berufung möglich. Als Berufungsinstantz kommt das Landgericht in Frage. Wir glauben nicht, daß der Unternehmer einen Erfolg erzielen wird. Der angebotene Lohn muß mindestens ein angemessener sein. — A. M. Zunächst sind 2 Mk. einzusenden. — A., Mäh-l-hausen. Auf solche neuartige allgemeine Bekanntmachungen können wir uns nicht einlassen. Die Gründe sind Dir wohl klar. — J. B. in R. Daran ist der Betreffende völlig unschuldig. Aber Kombinationen sind ja sehr billig.

An die Ortsverwaltungen! Die Zahlstelle Dresden-Pirna hat beantragt, bei den Todesanzeigen die speziell berufliche Stellung der Verstorbenen anzugeben. Wir kommen der Anregung nach, müssen aber die Vertrauensleute ersuchen, daß die eingelangten Anzeigen mit einem dementsprechenden Vermerk versehen werden. Die Redaktion.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Anzeigen

Berlin.

Mittwoch, den 4. September, abends 8 Uhr

Allgemeine Mitglieder-Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:

1. Wie stellen sich die Kollegen zur Einführung einer Bezirks-einteilung unseres Zahlstellengebietes. (Geplant sind 20 Bezirke, unter Berücksichtigung der Wohnlage der Kollegen. Fragen allgemeiner Natur sollen alsdann in Bezirksverfam-lungen beraten werden.)
2. Antrag des Vorstandes: Für die Grabstein-, Granit-(Straßenarbeit) und Kunststein-Branche sowie für die Hilfsarbeiter je eine Branchenleitung einzusetzen.
3. Verschiedenes.

Die Kollegen beider Sektionen sind verpflichtet, an der Ver-sammlung teilzunehmen. In derselben erfolgt auch die Ausgabe der Verbandstags-Protokolle. — Um pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte

Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine
Werkzeuge und Werkzeugstahl

empfehlen zu billigen Preisen

Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.
Preisliste gratis und franko.

Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Härtewerk

Aue (Erzgebirge) 16

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende gratis!

Lieferung sofort.

Schürzen

Hausmacherleinen, 100 und 115 cm

breit, Schürzenstoffe in allen Breiten,

Jadetts, Leder- und Wadst.-Hosen

in eigener Anfertigung

empfehlen preiswert

Emil Keidel

Spezial-Geschäft
in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Einige tüchtige Pflastersteinarbeiter

gesucht. Anfragen unter „Sachsen“ an die Exped. d. Bl. erbeten.

Tüchtige Granitsteinmetzen

für dauernde Bauarbeit können sofort eintreten.
Carl Paeschke, Werksteinindustrie, G. m. b. H.
Zannowitz (Riesengebirge).

Steinmetzen

werden noch eingestellt.
Travertinerwerke Langensalza.

Steinmetzen

werden noch eingestellt in unseren Betrieben zu Bunzlau,
Wenig-Rackwitz, Plagwitz sowie Rückers
und Friedersdorf (Heuscheuer).

Zeidler & Wimmel.

Tüchtige Steinmetzen

werden eingestellt in den Werkplätzen Wünschelburg und
Mittelsteine. Winterarbeit zugesichert. Eisenbahn-Fahrtgeld
bis 3 Mk. für die Herreise wird nach vier Wochen vergütet.

Carl Schilling, Kgl. Hof-Steinmetzmeister.

Steinmetzen

auf Sandstein für dauernde Arbeit gesucht. Bezahlung nach Tarif.
Fritz Schneeberg, Langelsheim a. H.

Einige tüchtige Steinmetzen und Schleifer

sowie Schleifer
sowie Schleifer
sowie Schleifer
Kögler & Maner, Granitwerk, Regensburg.

3 bis 4 Pflastersteinarbeiter

werb. sof. für Herstellung von wildem Kleinpflaster für dauernd gesucht.
Ghenitwert Schmaden, Brüder F. & J. Stolle
in Aufsig-Schönpriesen (Böhmen).

Johann Buchner wo steckst Du? Es sucht Dich Dein Bruder
K. Buchner, Mülhausen (El.), Jllzach, Str. 102.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)
In Dresden der Sandsteinmetz Max Eger, 39 Jahre alt,
an der Berufskrankheit.
In Frankfurt a. M. der Marmorsteinmetz Nikolaus Beder,
64 Jahre alt, an einem Bruchleiden.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Aus den preussischen Gewerbeinspektionsberichten.

Die Kritik, die der Abgeordnete Genosse Hoch im Reichstag gegenüber der preussischen Regierung übte, weil sie die Berichte immer schönfärbend herstellte, hat nun doch genügt. Die Berichte für 1911 enthalten für den Sozialpolitiker eine Menge des wertvollsten Materials. Besonders interessant ist, daß die Gesundheitsverhältnisse der Zementarbeiter eine eingehende Beleuchtung erfahren haben. — Als Steinarbeiter müssen wir klagen, daß die Steinbrüche und Steinbanereien nicht genügend revidiert werden. Laut § 120 e der Gewerbeordnung fallen unter die Bundesratsverordnung in Preußen 2923 Anlagen mit 7264 Arbeitern. Revidiert wurden bloß 1165 Anlagen mit 2897 Arbeitern. Daß eine schärfere und insbesondere umfassendere Revision nicht vorgenommen wurde, wird eben daran liegen, weil es an der genügenden Zahl von Beamten fehlt. Aus den einzelnen Berichten heben wir hervor:

Im Bezirk Arnsberg ließ ein Unternehmer seine Steinbrucharbeiter noch 11 Stunden schaffen. Die Gewerbeinspektion schritt ein, damit die neunstündige Arbeitszeit respektiert würde. Der Unternehmer mußte sich fügen. Die Löhne wurden um 8 Prozent erhöht.

Im steinindustriellen Kreise Trier wurde bisher die Arbeitszeit von 9 und 10 Stunden ständig überschritten. Im Jahre 1910 mußten 38 Bestrafungen dieserhalb vorgenommen werden. Die Unternehmer scheinen sich nun doch ihrer sozialpolitischen Rückständigkeit zu schämen, denn sie verpflichteten sich mittels Konventionalstrafe, daß sie die gesetzliche Arbeitszeit respektieren würden. Die Trierer Unternehmer sind natürlich stramme Zentrumsleute. Die sozialpolitische Rückständigkeit tangt somit zu ihrer Genugtuung. Einer dieser Herren schlug aber mit seinen Maßnahmen den Reford. Er beschäftigte längere Zeit hindurch zwanzig Kinder mit Steinellopfen. Seine Bestrafung mit 10 Mk. ist eine direkte Prämie zur Umgehung des Kinderschutzgesetzes. Selbst der Gewerbeinspektor rügt diese niedrige Strafe.

In der oberbergischen Steinindustrie kamen allein 163 Unglücksfälle vor. Davon sind 42 Augenverletzungen. Der Berichterstatter klagt, daß die Pfasterheintipper nur sehr ungern Schutzbrillen tragen. Letzter wurde nicht angegeben, ob den Pfastersteinmachern auch „brauchbare“ Brillen geliefert wurden.

Aus Gummersbach wird gemeldet, daß der Gewerbeinspektor einen Samariterausbildungskursus für Bruchmeister und Arbeiter abhielt. Wir können ein solches Vorgehen nur begrüßen.

Der Beamte für Hildesheim meldet, daß wegen Aufrechterhaltung der Sicherheitsvorschriften in Steinbrüchen 27 Personen bestraft wurden. Allgemein wurde beachtet, daß der Abbau nun so schlechter war, je kleiner der Steinbruch war, und daß besonders gefährliche Zustände in dem im Besitz von Gemeindefabrikanten bestehenden herrschen.

Im Bezirk Minden wurden drei Kollegen durch herabstürzende Gesteinsmassen getötet; der Abraum wurde somit nicht genügend beseitigt.

Der Wiesbadener Beamte schreibt, daß sich in der Steinindustrie seines Bezirks 10 Unfälle mit tödlichem Ausgang zugetragen hätten. Er betont ohne Einschränkung, daß zwei Unfälle vorantem erfolge vorschriftswidrigen Abbaus.

Auffällig ist, daß die Unternehmer so stark an der Beschäftigung der Frauen hängen. Im Regierungsbezirk Breslau beantragten 12 Grantindustrielle, die Frauenarbeit wieder zuzulassen; allerdings darf die tägliche Arbeitszeit sechs Stunden nicht überschreiten. Insgesamt nahmen 218 Arbeiterinnen nach jenem Erlaß die Arbeit auf. Im Bericht steht wörtlich: „Arbeitgeber und Arbeiterinnen sind mit der Regelung zufrieden.“ (1)

Eine sonderbare Meldung bringt der Hildesheimer Berichterstatter. Er schreibt:

„Ein Steinbrucharbeiter kreditierte Waren seiner Kantine — und schlug auf ihren Verkaufspreis außer den Betriebskosten noch 15 Prozent auf, die am Jahresabschluss an die im Bruch tätigen Arbeiter verteilt wurden. Die Kredite erreichten in einem Falle die Höhe von 394 Mk. Es wurde nun Barzahlung unter Berechnung der Selbstkosten eingeführt.“

Der Trick, den Ueberich am Jahresabschluss zu verteilen, sollte bezwecken, daß die Arbeiter ihre Arbeitsstelle nicht wechseln. Denn vor unterm Jahr ging, hatte zwar seine 15 Prozent Aufschlag bezahlt, zurück erhielt er aber nichts. Man muß sich wundern, wie unversiforen manchmal Unternehmer sein können.

Ueber die sozialen Verhältnisse der Rübendorfer Kalksteinarbeiter sagt der Bericht folgendes: In den fiskalischen Betrieben waren 1082 Mann beschäftigt. Der Schichtlohn betrug:

	1909	1910	1911
	Mk.	Mk.	Mk.
Bei den Arbeitern im Bruchbetriebe . . .	4.15	4.45	4.46
„ „ Arbeitern in der Kalkbrennerei . . .	4.50	4.54	4.64
„ „ Maschinenwärttern u. Bauarbeitern . . .	4.03	4.31	4.16
„ „ Schmieden und Schlossern . . .	4.13	4.36	4.25
„ „ Arbeiterinnen u. jugendl. Arbeitern . . .	1.99	2.16	1.83

In den ersten zwei Gruppen sind vom Jahre 1910 auf 1911 die Löhne nur minimal gestiegen; in den übrigen Gruppen ist der Durchschnittslohn sogar gefallen. Die Berginspektion hat nun im Jahre 1911 eine Teuerungszulage von insgesamt 10 000 Mk. gewährt, das macht auf den Kopf der Belegschaft etwa 10 Mk. Die fiskalischen Arbeiter sind sehr wenig erbaut, daß ihnen der preussische Staat nicht besser entgegenkommen ist.

Wenn wir die Gewerbeinspektionsberichte studieren, so machen wir immer die alte Wahrnehmung, daß in der Steinindustrie die Arbeiterschutzbestimmungen recht ungenügend durchgeführt werden.

Berschmelzung der Krankenkassen.

Die Reichsversicherungsordnung ist bekanntlich noch nicht in vollem Umfange in Kraft getreten. Namentlich ist dies bei der Krankenversicherung der Fall. Die R.-V.-O. hat eine einheitliche Kassenform nicht gebracht, dagegen für das Weiterbestehen der besonderen (beruflichen) Orts- und Betriebskrankenkassen erschwerende Bestimmungen getroffen. Deshalb wird zurzeit lebhaft die Verschmelzungsfrage erörtert. Unterm 15. Juli hat der Reichsanzeiger auch eine Verordnung gebracht, wonach u. a. mit Ablauf des 31. Dezember 1913 alle bestehenden Gemeindefrankenkassen zu schließen und alle beruflichen Orts-, Betriebs- u. Innungskrankenkassen, welche nach den Vorschriften der R.-V.-O. weiter zugelassen werden wollen, den Antrag auf Zulassung bei ihrem Versicherungsamt spätestens bis zum Ablauf des 31. Dezember 1912 zu stellen haben. Eine Verpflichtung, derartige Zulassungsanträge zu stellen, besteht nicht. Dort, wo also eine Einigung über die Verschmelzung nicht zu erzielen ist, brauchen die Kassen, um die Zentralisation zu fördern, nur einfach auf den Zulassungsantrag zu verzichten. Die Entscheidung über die Stellung solcher Anträge liegt aber nicht in der Hand der Vorstände, sondern in den Händen der Versicherer resp. Generalversammlungen. Also einzig und allein die Generalversammlungen sind zur Antragstellung legitimiert.

In den letzten Jahren hat man mehrfach die Wahrnehmung gemacht, daß die Behörden der Verschmelzungsfrage nicht immer sympathisch gegenüberstanden, fast scheint eine Wendung zum Besseren eingetreten zu sein. Unterm 8. Mai 1912 hat nämlich der preussische Minister für Handel und Gewerbe in einem Zirkularerlaß die Zentralisation der Krankenkassen unter der Geltung des jetzigen Krankenversicherungsgesetzes angelegentlich empfohlen und den Wunsch ausgesprochen, daß den Vereinigungsbestrebungen der Krankenkassen grundsätzlich keine Hindernisse bereitet werden sollen. Da die Bestimmungen des jetzigen Gesetzes gegenüber denen der R.-V.-O. für die Verschmelzung bzw. Auflösung von Krankenkassen erheblich einfachere sind, so liegt es nur im Interesse der Kassen und ebenfalls der Versicherten, ungehindert der Verschmelzungsfrage näherzutreten. Sehen wir uns die für das Verfahren in Betracht kommenden Paragraphen etwas näher an:

Nach dem § 48, Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes können die einzelnen Kassen ihre Auflösung beschließen und einer bereits bestehenden Kasse beitreten. Der § 48, Abs. 1 lautet: „Ortskrankenkassen, welche auf Grund der §§ 16, 17 oder 18a für versicherungspflichtige Personen verschiedener Gewerbszweige oder Betriebsarten errichtet sind, können nach Anhörung der Gemeinde aufgelöst werden, wenn die Generalversammlung der Kasse dies beschließt.“ Nachdem die Generalversammlung den Auflösungsbeschluß gefaßt hat, regelt sich in Preußen das Verfahren nach der preussischen Anweisung vom 10. Juli 1892 zur Ausführung des Krankenversicherungsgesetzes Ziffer 30; dieselbe lautet: „Beauftragt die Generalversammlung einer für mehrere Gewerbszweige oder Betriebsarten innerhalb des Bezirks einer Gemeinde errichteten gemeinsamen Ortskrankenkasse deren Auflösung, so hat der Vorstand den Beschluß der Generalversammlung der Aufsichtsbehörde einzureichen. Diese

erfordert über denselben, sowie über die anderweitige Versicherung der versicherungspflichtigen Kassenmitglieder, über die Höhe und über die Verwendung des Kassenvermögens die gutachtliche Aeußerung der Gemeindebehörde und gibt dann die Verhandlungen an den Regierungspräsidenten ab, welcher über die Auflösung die Beschlüßfassung des Bezirksausschusses herbeiführt. Gegen den Bescheid desselben, durch welchen die Auflösung verfügt wird, steht dem Antragsteller innerhalb vier Wochen nach der Zustellung die Beschwerde an den Minister für Handel und Gewerbe offen.“ Nach der Ziffer 43 hat die Aufsichtsbehörde, nachdem die Auflösung endgültig feststeht, die beteiligten Kassenmitglieder und Arbeitgeber auf ortsbüchliche oder sonst geeignet erscheinende Weise davon in Kenntnis zu setzen, welcher Kasse die ersten von dem festgesetzten Zeitpunkt ab zugehören. Die gleiche Benachrichtigung ist derjenigen Ortskrankenkasse zuzustellen, welche die versicherungspflichtigen Mitglieder der aufgelösten Kasse oder die ausgeschiedenen Mitglieder aufzunehmen hat. Die Abwicklung der Vermögensregulierung erfolgt durch den Vorstand der aufgelösten Kasse unter Kontrolle der Aufsichtsbehörde.

Nach der R.-V.-O. kann eine besondere Ortskrankenkasse nach dem § 269 auf Beschluß ihres Ausschusses aufgelöst werden. Sie wird geschlossen, wenn sie keine 250 Mitglieder mehr zählt; ihr Fortbestand den Bestand oder die Leistungsfähigkeit der allgemeinen Orts- und der Landkrankenkasse des Bezirks gefährdet; ihre satzungsmäßigen Leistungen denen der maßgebenden Ortskrankenkassen nicht mehr gleichwertig sind; ihre Leistungsfähigkeit für die Dauer nicht mehr sichergestellt ist; die Kasse über den Bezirk des Versicherungsamts hinausreicht. Die Gleichwertigkeit der Leistungen dürfte die wichtigste Bestimmung mit sein.

Da heute schon die kleinen Kassen mit ihren Leistungen meistens hinter denen der großen zurückbleiben, so muß später damit gerechnet werden, daß dies erst recht der Fall sein wird, und zwar deshalb, weil mit Inkrafttreten der R.-V.-O. sowieso eine Anzahl kleinerer Kassen verschwindet. Deren Mitglieder werden dann der allgemeinen, also maßgebenden Kasse, zugezählt, und diese wird dadurch um so leistungsfähiger. Auch aus diesem Grunde dürfte die vorherige Auflösung und Verschmelzung mit einer größeren Kasse, die der Behörde als allgemein maßgebende Kasse bezeichnet werden kann, nur zu empfehlen sein.

Betriebs- und Innungskrankenkassen können unter den gleichen Voraussetzungen wie die Ortskrankenkassen geschlossen werden. Nur beträgt die Mindestmitgliederzahl bei Betriebskrankenkassen 150 (bei schon bestehenden 100), bei landwirtschaftlichen Betrieben und in der Binnenschifffahrt 50 Mitglieder. Für Innungskrankenkassen ist überhaupt keine Mindestzahl der Mitglieder vorgeschrieben. Eine Betriebskrankenkasse kann nur auf Antrag des Arbeitgebers aufgelöst werden (§ 272 R.-V.-O.), wenn der Kassenausschuß zustimmt. Eine Innungskrankenkasse kann aufgelöst werden, wenn es die Innungsverammlung nach Anhören des Gesehellenausschusses beschließt und der Kassenausschuß zustimmt. Nach Artikel 18 des Einführungsgesetzes zur R.-V.-O. kann eine Ortskrankenkasse den Antrag auf Weiterzulassung nur dann stellen, wenn ihre Generalversammlung in diesem Sinne mit Stimmenmehrheit beschlossen hat. Bei einer Betriebskrankenkasse kann der Arbeitgeber nach Anhören von Versicherten den Antrag stellen, bei einer Innungskrankenkasse die Innung nach Anhören des Gesehellenausschusses. Hieraus ist ersichtlich, wie der Gesetzgeber die Rechte der Versicherten ungleich verteilt hat.

Blindensichtweise wäre es, daß, genau so wie die Gewerkschaften sich von kleinen Lokalorganisationen zu mächtvollen Zentralverbänden entwickelt haben, auch die Krankenkassen sich zu großen Einheitskassen, wie wir solche schon in Leipzig, Dresden, München, Frankfurt a. M. usw. haben, zusammenschließen würden. Geschieht dies, dann können die Krankenkassen auch an Stelle der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestleistungen die in der R.-V.-O. vorgesehenen höheren Leistungen einführen. Je mehr nach dieser Richtung geschieht, desto vorteilhafter — namentlich unter den heutigen Teuerungsvhältnissen — ist es für die Kranken und deren Angehörige. Was nach dieser Richtung hin geleistet werden kann, darüber gibt der Geschäftsbericht für 1911 der Leipziger Ortskrankenkasse, die nunmehr auf ein 25jähriges Bestehen zurückblickt, Auskunft. Hiernach gewährt diese Kasse ihren Mitgliedern:

1. vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und Heilmittel bis zum Höchstbetrage von 75 Mk.;
2. im Falle der Erwerbsunfähigkeit eine bare Krankenunterstützung bis zu 16.50 Mk. pro Woche vom zweiten Tage an auf die Dauer von 34 Wochen;
3. an Stelle der unter 1 und 2 bezeichneten Leistungen freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus, einer Klinik, einem Heilanstalt, einem Sanatorium und außerdem während der Dauer der Verpflegung in einer solchen Anstalt den Familienangehörigen, deren Unterhalt das Mitglied bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, eine bare Unterstützung in Höhe von zwei Dritteln der von dem Mitglied zu beanspruchenden baren Krankenunterstützung, z. B. in Klasse I bei 2.75 Mk. Krankengeld 1.83 1/2 Mk. pro Tag oder, falls das Mitglied unverheiratet ist, eine bare Unterstützung

Reiseplaudereien.

Von Ab. Thiele.

Weißt du, mein Lieber, eine anziehende Aufgabe ist es nicht, Reiseerinnerungen zu Papier zu bringen. Mit Geschicknissen, bei denen höchst ein aus andere folgt, geht's noch an. Hat jedoch dein Auge mit einem einzigen Blicke die hundert Einzelzüge einer bestehenden Landschaft, einer lebendigen Straßenszene erfasst, die der Skizzenmalers des Geistes als Gesamtbild festhält und die jeder weitere Augenblick durch neue Bilder ergänzt, vertieft, verschärft, und du sollst das nachträglich in Worte kleiden, indem du mühsam Strich an Strich zeichnest, dann zerstreut du zumal die begonnene Skizze, weil sie nicht ausdrückt, was du hast sagen wollen. Und wenn du dich beim ersten Versuche in dein Schicksal ergibst, so geschieht das nicht, weil dich die Wiedergabe nur befriedigt, sondern weil du einflüchtst, es wird eben nicht besser. Oft genug findest du für die feinsten Nuancen, die einem erhaschten Bilde gerade den überlängenden Zauber verleihen, überhaupt keine recht treffende Bezeichnung; auch gerät bei schriftlicher Schilderung ein Strich bald zu lang oder zu kurz, bald zu dünn oder zu dunn, und manches reizvolle Kleinwort muß ganz wegzulassen. Das geschriebene Wort ist armselig und schal gegenüber dem gesehenen Bilde. Du wirst dich deshalb begnügen müssen, wenn du statt des lebendigen Bildes das Wasser der Schilderung vorgesetzt bekommst.

I. Auf einem Lloyd-Dampfer.

Nach einstündiger Fahrt legt der kleine Dampfer, der uns als letzte Nachzügler in Bremerhaven aufgenommen hat, an der Seite des im offenen Meere lebenden gewaltigen Lloyd-Dampfers Kaiser Wilhelm II. an. Ist die See mitgelautet, so hat das Aus- und Einbooten seinen Haken. Heute nicht. Die Nordsee hat ihre heiterste Miene aufgesetzt, und heiter erstrahlt der Marsch, mit dem die Schiffkapelle die Ankommenden begrüßt. Alles ist heiter, Sonne, Meer, Schiff, Passagiere, Besatzung. An 500 Fahrgäste erster und zweiter Klasse und nahezu ebensoviele dritter Klasse, weiß

galatische und tschechische Auswanderer, waren bereits an Bord; der Zender hat die letzten hundert gebracht. Der Riesenlasten könnte noch mehr aufnehmen. Die ständige eigene Besatzung bezieht sich auf 665 Mann. An Passagieren vermag das Schiff 700 erster Klasse, 800 zweiter und 800 dritter Klasse zu beherbergen, so daß der vollbesetzte Dampfer 2500 Personen trägt, die Einwohnerzahl einer kleinen Stadt.

Du begreifst, daß da die Raumausnutzung raffiniert sein muß, wenn auch das Schiff 215 Meter lang und 22 Meter breit ist und wenn auch der eigentliche Schiffkörper bei 9,6 Meter Tiefgang noch 7 Meter über den Wasserpiegel hinausragt, wozu noch weitere 6 Meter kommen, um die das Sonnendeck sich über das Hauptdeck erhebt. Es ist in der Tat ein ganz gewaltiger Kasten. — Die beiden Hauptmaschinen, deren jede eine Schraube von nahezu 7 Metern Durchmesser treibt, arbeiten mit je 20 000 Pferdekraften. In jeder Minute machen die Schrauben bei voller Fahrt 80 Umdrehungen, so daß der Dampfer dann stündlich 23,5 Seemeilen oder Knoten zu je 1825 Metern zurücklegt. Das sind rund 44 Kilometer, was die Geschwindigkeit eines gewöhnlichen Personenzuges noch übertrifft. 26 Rettungsboote führt der Dampfer mit sich. Außerdem sind 17 Dampfpumpen vorhanden, die stündlich an 9400 Kubikmeter Wasser anspeien können. Da der Schiffsrumpf von 17 wasserdichten Querschotten durchzogen wird, ist der Dampfer möglichst vor Katastrophen bewahrt. — Ein Bild in den kolossalen Maschinenraum wirkt zunächst verwirrend: Sind doch die beiden Hauptmaschinen 28 Meter lang und über 13 Meter hoch, und die Karbellwellen wiegen nahezu 2000 Zentner. Die 19 Kessel werden von 297 Mann bedient. Der Kohlenverbrauch beträgt stündlich an 125 Zentner.

Wie für die Sicherheit, so ist nach Kräften auch für die Bequemlichkeit gesorgt. Die Verpflegung auf den Lloyd-Dampfern ist für die Passagiere erster und zweiter Klasse zu hervorragend, daß die Zahl der Ausländer, die zu längeren Seereisen eins der Lloyd-Schiffe benutzen, beständig wächst. Zumal in diesem Jahre hat die Titanic-Katastrophe dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie Zehntausende von Engländern, Franzosen und Ameri-

kanern als Fahrgäste zugeführt. Nach Zahl und Tonnengehalt ihrer Schiffe sowie nach der Menge der beförderten Personen und Güter werden übrigens die beiden genannten deutschen Gesellschaften von keinem ähnlichen Unternehmen des Auslands erreicht. Der Norddeutsche Lloyd verfügt über 465 Fahrzeuge, darunter 127 Seedampfer. Das Personal zählt 24 000 Köpfe, wovon 14 000 auf die Besatzung der Schiffe entfallen. Befördert werden jährlich weit über 500 000 Personen und der Provinatverbraucht betrug voriges Jahr 18 1/2 Millionen Mk., der Kohlenverbrauch 1 1/2 Millionen Tonnen oder 35 Millionen Zentner für 28,7 Millionen Mark.

Die Beschäftigung ist so vorzüglich und reichhaltig, daß sie allgemeine Anerkennung gefunden hat. Auch ein Passagier der dritten Klasse, des sogenannten Zwischendecks, der nach seiner Erzählung schon ein dutzendmal die Fahrt nach Amerika zurückgelegt und dabei die verschiedensten Gesellschaften ausprobiert hatte, erklärte, nirgends sei er so gut aufgehoben wie auf einem Lloyd-Dampfer.

Dürfte das Urteil über den Lloyd lediglich abhängen von dem, was er seinen Fahrgästen bietet, so könnte das Lob ziemlich dick aufgetragen werden. Doch die Anerkennung ist nicht auszudehnen auf das Verhältnis der Gesellschaft zu ihrem Schiffpersonal, das sich mit Recht über große Härten in den Anstellungsbedingungen beklagt. Noch heute gibt das Koalitionsverbot für die Offiziere der Lloyd-Dampfer, und es hat schon hart gerügt werden müssen, daß Stewards und Mannschaften, wenn sie nach mehremonatiger Fahrt zurückkehren und nun Weib und Kind besuchen wollen, keinen Rechtsanspruch auf Urlaub haben und für die wenigen Tage, wenn ihnen Urlaub erteilt wird, keinen Pfennig Lohn erhalten. Ein so großes und sonst mit so hartem, kaufmännischem Blicke geleitetes Unternehmen sollte sich von solcher Anidrigkeit freihalten.

Alles Land ist längst den Blicken entschwunden. Himmel und Wasser, weiter nichts. Schweigsam und ruhig bohrt sich das gewaltige Schiff seine Rinne durchs Meer. Die letzten Sonnenstrahlen huschen über den wenig bewegten Wasserpiegel. Die Nacht senkt sich nieder. Satte Ruhe umflutet uns. Tief atmen wir die köstlich reine Seeluft ein. Sie tut der malträtierten Großstadtlinge unendlich wohl. Das Leben an Bord erfrischt. Die Nacht breitet ihren Mantel

- in Höhe eines Viertels des Krankengeldes, z. B. in Klasse I bei 2,75 Mk. Krankengeld 68% Wfg. pro Tag;
- eine Schwangerschafts-Unterstützung in Höhe des Krankengeldes für die letzten zwei Wochen vor der Niederkunft;
 - eine Wöchnerinnen-Unterstützung in Höhe des Krankengeldes auf die Dauer von sechs Wochen;
 - für den Todesfall eines Mitglieds ein Sterbegeld bis zu 100 Mk.;
 - für die im Kasernenbezirk wohnenden Familienangehörigen der Kasernenmitglieder ohne eignen Erwerb:
 - im Falle der Erkrankung von Kindern, Ehegatten, Eltern, Groß- und Schwiegereltern, sofern diese nicht selbst Mitglied der Kasse sind, freie ärztliche Behandlung und Arznei (nicht aber Heilmittel) für die Dauer der Krankheit, höchstens jedoch für 13 Wochen; nach je wöchentlichem Unterbrechung entsteht dieser Anspruch immer wieder von neuem;
 - im Falle des Todes der Ehefrau oder eines Kindes, sofern diese nicht selbst Mitglied der Kasse sind, ein Sterbegeld von 40 Mk. für die Ehefrau und von 20 Mk. für ein Kind.
 - eine Verpflegung in Genesungsheimen.
- Diese Leistungen dürften am besten den Wert der Zentralisation erkennen lassen.
- Wer im Interesse der eignen Person, seiner Familie sowie der Allgemeinheit höhere Leistungen in der Krankenversicherung anstrebt, der trete für die Auflösung der kleinen Kassen und Verschmelzung zur großen allgemeinen Ortskrankenkasse ein.

Sie lernen das Gruseln.

Das Wort, das einst Caprivi prägte: die Regierung prüft alle Gesetzesvorlagen in erster Linie daraufhin, wie sie auf die Sozialdemokratie wirken werden, hat im Laufe der beiden inzwischen verflochtenen Jahrzehnte nichts an seiner Gültigkeit verloren. Im Gegenteil! Jetzt ist die Sozialdemokratie schon längst der Drehzapfen der gesamten Politik geworden. Während man sich früher immer noch mit der Hoffnung trug, diese Partei überwinden, die Arbeiter ihr abspeitig machen zu können, überkommt jetzt die bürgerlichen Parteien immer häufiger das Gefühl absoluter Hoffnungslosigkeit. Und während die Thoren unter unsern Gegnern sich noch bei der Spaltung der italienischen Sozialdemokratie den Traum vorgaukelten, erkennen die Klugen unter ihnen immer mehr, daß eine Spaltung der deutschen Sozialdemokratie eine glatte Unmöglichkeit ist. In ihren Organisationen hat sich die deutsche Partei eine unzerstörbare Einheit geschaffen, die noch verstärkt wird durch die wuchtigen Massenorganisationen der Gewerkschaften. Und je mehr die kapitalistische Gesellschaft durch die imperialistische Entwicklung in ihren Grundfesten erschüttert wird, desto unerschütterter, desto gewaltiger erheben sich die Organisationen der Proletarier. Die Götterdämmerung des Kapitalismus rückt näher.

Dieses Gefühl kommt plastisch in zwei Aeußerungen der bürgerlichen Presse zum Ausdruck. So schreibt der „Schwäbische Merkur“:

Während die politischen Erörterungen in dieser Sommerzeit sich immer mehr in öde Klopffestereien verlieren, um die sich schließlich niemand mehr kümmert, wird das praktische Leben während durch sehr reale Vorgänge in Atem gehalten, die allerdings niemals ernst genug beachtet werden können. Man braucht nur täglich einen Blick in die Zeitungsrubrik „Arbeiterbewegung“ zu werfen, um ein Bild von der ewig gärenden Unruhe zu gewinnen, die unser wirtschaftliches Leben durchwühlt. Seit Jahrzehnten suchen die Gelehrten nach einer den technischen und sozialen Bedingungen der modernen Produktionsweise entsprechenden Regelung des Arbeitsverhältnisses, die ein friedliches Zusammenwirken von Arbeiter und Arbeitgeber verbürgen würde. Bald hier, bald da glaubt einer den Stein der Weisen gefunden zu haben; allein von Jahr zu Jahr erweitern und verschärfen sich die Kämpfe zwischen den beiden Parteien, und immer drückender wird die Sorge, wie schließlich eine gesunde, vernünftige Volkswirtschaft noch möglich sein soll. Schon fragt man: Was nützt es uns, daß wir uns durch Miesopfer gegen Kriegsverwüstung zu sichern trachten, wenn die Streiks mit ihren Folgen Kulturwerte in einem Maße zerstören, das am Ende, bei Licht besehen, hinter den Verheerungen eines Krieges kaum zurückbleibt, sie wegen der Verfeindung der verschiedenen Glieder desselben Volkes gegeneinander, sogar noch übersteigt?

Und in der „Hilfe“ schrieb vor einiger Zeit der freisinnige Gewerkschaftsführer Erkelenz aus Anlaß der neugegründeten Versicherung: Volksfürsorge:

Vom organisatorisch-technischen Gesichtspunkte aus ist es ein Vergnügen, die Entwicklung der verschiedenen Zweige sozialdemokratischer Arbeiterorganisation anzusehen. Während draußen in der öffentlichen Arena der Kampf zwischen Radikalismus und Opportunismus selten ganz schweigt, oft in Kirchweihrausereien zum Ausdruck kommt, wird hinter der Bühne ein erhauntes Maß organisatorischer und praktischer Arbeit geleistet. Und derweil viele bürgerliche Männer die Donnerkeile zwischen, sagen wir Berlin

und Bremen — es kann auch gerade Göttingen und Stuttgart sein — hin und her fliegen sehen und die Stunde berechnen, wann wohl die Trennung erfolgen müsse, siechen drinnen Tausende Weislichen hin und her, die ein Glied mehr an das andere fesseln zu einem unzereißbaren Ganzen. Die Streitereien auf der Plattform sind nur Zwischenfälle zur Unterhaltung und Ablenkung des Publikums. Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft und neuerdings Versicherungsvereine setzen Tausende Intelligenzen, geistige und körperliche Arbeit in Bewegung, fügen sich zu einem Gebäude zusammen, dessen ungeheure Wucht erst unsern Nachfahren klar werden wird. Und wenn man selbst bloß mit den Augen des Konsumenten diese Dinge betrachten wollte und dann vieles findet, bei dem man mit scharfer und höhnischer Kritik einsehen könnte, wer sich ein wenig Sachlichkeit bewahrt hat, erstaunt im allgemeinen über Eifer und Geschick, wie sie hier entfaltet werden.

Leider ist man sich im Liberalismus zu wenig klar über diese Dinge und ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. Und nicht wenige sehen sich mit ein paar Redensarten darüber hinweg. Nachdem nun aber ein neuer Zweig dieser Bestrebungen am sozialdemokratischen Baume, die Versicherungsvereine Volksfürsorge ins Leben tritt, wäre es doch einmal nötig, sich mit den Dingen ernstlicher auseinanderzusetzen. Schon jetzt werden jährlich Hunderttausende Kinder sozialdemokratisch geboren, und mit klügler Berechnung wird so gearbeitet, daß sie womöglich nie diesen Pfad verlassen können. Ihnen fehlt schon das innere Erlebnis der Befreiung, und was den Alten zündende Idee war, wird den Jungen von Generation zu Generation mehr Dogma. Die jüngste Jugend steht unter dem Einflusse der Familie, aber vielleicht beschert uns die Zeit eine Einrichtung, die die parteigenössliche Erziehung für die Kindheit und Schuljahre garantiert. Jedenfalls tritt sofort nach der Schulentlassung die Jugendorganisation ein, die bald durch die Gewerkschaftsorganisation ergänzt wird. Mit 18 Jahren folgt der Eintritt oder sagen wir das Hineinwachsen in die Parteiorganisation. Zwischen 20 und 25, bei der Heirat kommt der Eintritt in den Konsumverein, der heute ja noch nicht so selbstverständlich ist, wie der Beitritt zur Gewerkschaft. Aber die Dinge sind gut auf dem Marsche. Während der Ehe wird sich bald die „Volksfürsorge“ einstellen, die den Menschen bis zu seinem seligen Lebensende bindet.

Wäre das alles das Werk eines riesigen Trufts im Sinne der Herren Rockefeller oder Morgan, so läge in all diesen Einrichtungen schon eine ungeheuerliche Macht, von der man fürchten müßte, daß sie einmal bloß zur persönlichen Bereicherung der Besitzer gebraucht würde. Aber die sozialdemokratische Bewegung ist nicht nur ein Wirtschaftskörper, nicht einmal in erster Linie. Sie ist eine Genossenschaftsgemeinschaft. Sie ist ein riesiger Truft verstärkt durch Ideale und gemeinsame Gefinnungen, aber ohne persönliche Erwerbsinteressen. Hier bildet sich eine Macht heran, die wahrscheinlich einmal ungeheuer viel stärker, einflussreicher wird als die katholische Kirche im Mittelalter. Denn diese hat, soweit meine bescheidenen geschichtlichen Kenntnisse ausreichen, nie in dem Umfange das Wirtschaftsleben selbst in der Hand gehabt, wie es die Sozialdemokratie einmal haben wird. Die sozialdemokratische Bewegung will noch einmal alle geistigen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen kontrollieren und beherrschen.

Erkelenz ist unter den Freisinnigen beinahe der einzige, welcher die deutsche Arbeiterbewegung am zutreffendsten zu beurteilen vermag. Seine Ausführungen haben großes Aufsehen erregt. Allerdings die christlichen Herrschaften denken immer noch, die Sozialdemokratie überwinden zu können. Aber daran können auch die gehaltenen Reden auf dem Katholikentage zu Aachen nichts ändern. — Im übrigen wird den Gegnern recht unheimlich über das Anschwellen der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Tarifvertrag, ein Rechtsverhältnis.

Auf Veranlassung unserer Zahlstelle sprach am Dienstagabend im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. Rechtsanwalt Dr. S. in z. h. e. i. m. e. r, die bekannte Autorität auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, über die Entwicklung des Tarifvertragsgedankens.

Nicht ohne heftige Kämpfe, so führte der Redner aus, hat sich der Tarifvertragsgedanke innerhalb der Arbeiterbewegung durchgerungen. Die Pioniere dieses Gedankens waren die Buchdrucker, die darob anfänglich sehr angefeindet wurden, bis der Gewerkschaftskongress im Jahre 1899 zu Frankfurt a. M. dem Tarifvertragsgedanken allgemein zustimmte.

Es ist ein sozialer und ein wirtschaftlicher Grundgedanke, der den Inhalt des Tarifvertrags bildet. Der soziale Gedanke besteht darin, den Arbeiter heranzuziehen zur Mitbestimmung der Arbeitsbedingungen, während der wirtschaftliche Grundgedanke darauf gerichtet ist, das Arbeitsverhältnis während der Dauer des Tarifvertrags auf eine gesicherte Grundlage zu stellen. Mitbestimmung und Stetigkeit der Arbeitsbedingungen! Ist nun aber die Durchführung dieser beiden Grundgedanken auch wirklich rechtlich gesichert?

Nach anfänglichem Schwanken hat das Reichsgericht sich endgültig auf den Standpunkt gestellt, daß das Tarifverhältnis ein Rechtsverhältnis ist. Diese Feststellung ist von großer Wichtigkeit, denn die Gesetzgebungsfrage ist jetzt nicht mehr, ob der Tarifvertrag gesetzlich geregelt werden soll, sondern ob das bereits bestehende

Recht den Bedürfnissen entspricht. Außerdem müssen sich die Gesetzgeber nach dieser Auffassung des Reichsgerichts darüber klar sein, daß sie Rechte und Pflichten übernehmen, wenn sie einen Tarifvertrag abschließen.

Was immer wieder die Frage nach einer neuen Regelung aufwerfen wird, ist aber die Einsicht, daß das bestehende Recht unsicher und in vielen Punkten unbefriedigend ist. Der Redner erläuterte diese Anschauung hauptsächlich an zwei Beispielen. Das erste betraf die Frage, ob Sonderabreden gegenüber dem Tarifvertrag gültig sind oder nicht. Nach bestehendem Recht könne kein Zweifel über die Gültigkeit der Sonderabrede bestehen, wenn auch ein Einspruch darauf bestünde, daß der tarifwidrige Sondervertrag wieder aufgehoben werde. Das zweite Beispiel bezog sich auf den Umfang der Friedenspflicht. Durch den Tarifvertrag übernehmen beide Teile die Verpflichtung, keine Kampfhandlungen während des Bestehens eines Tarifvertrags zu unternehmen. Bezieht sich diese Pflicht auf alle Kampfhandlungen, oder nur auf diejenigen, die gegen eine bestimmte Regelung des Tarifvertrags gerichtet sind? Der Redner stellt sich auf den letzteren Standpunkt. Jedenfalls zeige auch diese Frage, wie in den Grundlagen das bestehende Recht unsicher oder unpraktisch sei.

Darum sei die Gesetzgebungsfrage eine sozialpolitische Frage von einschneidender Bedeutung. Je sicherer die Erkenntnis der bestehenden Rechts- und Sachlage sei, desto sicherer könne der Standpunkt sein, der dieser Frage gegenüber eingenommen werden kann. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte ging zunächst Kollege Dippel auf unsere diesjährigen abgeschlossenen Tarife ein und stellte diesbezüglich einige Fragen an den Referenten. Kollege Menges warnte davor, jetzt schon nach einer gesetzlichen Regelung der Tarifverträge zu drängen, denn bei der Zusammensetzung des Reichstags sei es doch ohne weiteres klar, daß für uns Arbeiter als Tarifkontrahenten nichts Gutes herauspringen wird. Die Kollegen Both und Schäfer schlossen sich ebenfalls diesen Ausführungen an und stellten auch noch einige Fragen an den Referenten. Dr. Sinzheimer war erfreut, daß sich die Kollegen so zahlreich an der Debatte über dieses schwierige Thema beteiligten und beantwortete in seinem Schlusswort alle an ihn gestellten Fragen. Zum Schluss betonte der Referent nochmals, die ganze Tariffrage sei auch nur eine Machtfrage. Was nützen uns Tarife, Schiedsinstanzen, wenn keine geschlossene Macht dahinter steht, die jederzeit auf dem Posten ist.

Die Versammlung war außerdem wiederum gezwungen, sich mit einigen nichttarifrigen Unternehmern: Wolf, Schnellbacher, Stöbel, zu beschäftigen. Wolf, der Arbeiten in Höchst, Koppeln usw. zu machen hat, zahlt dorthin keine Montagezulage, und das allertraurigste ist, daß eben immer noch Kollegen für diese paar Pfennige die Arbeit machen. Diese Unternehmer dürfen sich nicht wundern, daß noch andre mögen es sich merken, daß unsere Geduld über die fortgesetzten Tarifdurchbrechungen auch einmal ein Ende hat und dann eines Tages unangenehme Überraschungen kommen, die aber nur von den Herren Meistern provoziert werden. Außerdem fürchte der Vorsitzende bittere Klage über die Kollegen, die an den Bauten arbeiten und jede Schutzbestimmung außer acht lassen, so daß sie mit ihrem Leben geradezu frivolo umgehen. Unwillkürlich muß man sich da fragen: wo bleibt die Baupolizei? wo sind die aufsichtführenden Organe? Es muß einen geradezu wundernehmen, daß kein Unglück passiert. Hoffentlich bessern sich die Kollegen in dieser Beziehung und tragen nicht so freventlich ihre Haut zu Markte. Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf.

Literarisches.

Flugblatt zur Förderung neuerzeitlicher Friedhofskunst. Herausgegeben vom Verband deutscher Granitwerke. Das 12seitige Flugblatt ist äußerst populär gehalten. Schade, daß die Granitindustriellen diese Methode, die Friedhofskunst zu popularisieren, erst jetzt ergreifen. Die Abbildungen Nr. 1, 2, 3, 52, 106, 204, 218 und 417 zeigen, daß man den neuerzeitlichen Bestrebungen in künstlerischer Richtung dementsprechend Rechnung getragen hat. Sehr imponierend wirkt der Entwurf von R. Hofmeister, welcher in grünem Fichtelberger Material ausgeführt ist. Ebenfalls lobenswert müssen wir uns über die vier Urnenentwürfe aussprechen. Sie zeigen künstlerische Kraft in der Gestaltung. Hoffentlich wird der Verband der Granitwerkstätten auch fernerhin die interessierenden Kreise mit solchen Publikationen überreichen. Mit Hilfe aller namhaften Künstler müssen die Granitindustriellen bemüht sein, die vor 15 Jahren innegehabte Position wieder einnehmen zu können.

Statistik, Aufgaben, Methoden und Resultate der Statistik, ein kurzer Abriss für Arbeiter von Adolf Braun, geht uns joeben zu. Diese Schrift, die einen in unserer Literatur bisher nicht behandelten Gegenstand den Arbeitern näher zu bringen bemüht ist, bildet das 4. Heft jener in Deutschland wie in Oesterreich stark verbreiteten und sich hoher Anerkennung erfreuenden Sammlung von Unterrichtsangeleiten, die von der Zentralstelle für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich herausgegeben werden. Zum erstenmal erhalten wir nun eine für die Arbeiter bestimmte, knappe und dabei doch klare, alles Ueberflüssige und Schwerverständliche ausschließende Schrift über die Statistik. Wir hoffen, daß dieses Heft, das um 70 Pfennige durch alle Vertriebsbuchhandlungen und Parteikolportureure zu beziehen ist, das Verständnis für die Statistik, an der es vielen intelligenten Arbeitern noch fehlt, in hohem Maße fördern wird.

aus. Der junge, goldige Morgen zeigt uns die Konturen der englischen Küste. Vorbei an der mit Ortschaften, Schlössern, Seebädern und bewaldeten Bergreihen bedeckten Insel Wight (Weißt), legen wir vormittags 10 Uhr am Pier von Southampton (Sauthampton) an. Der Dampfer hat die nahezu 900 Kilometer lange Strecke in 22 Stunden zurückgelegt.

II. In London.

Stehst du, jetzt fängt das Malheur schon an. Wie soll ich dir auf hundert Zellen ein Bild vom Leben und den Zuständen der endlosen Großstadt entwerfen, die bei 7 1/2 Millionen Einwohnern 32 Kilometer von Ost nach West und 26 Kilometer von Süd nach Nord mißt, deren 10 000 Straßen, Gassen, Plätze und Märkte von fast 900 000 Häusern flankiert werden und deren Bodenschläge mit 1800 Quadratkilometer größer ist als das ganze Herzogtum Altenburg, oder die beiden Neuß, oder die beiden Schwarzburg? Wo soll ich anfangen?

Aber komm! Wir steigen auf einen der zahllosen Autobusse, die das Hauptverkehrsmittel für das oberirdische Innen-London bilden. Ich sage für das oberirdische; denn unterirdisch ist die Stadt von einem verwirrenden Neße von Untergrundbahnen durchzogen, die sich 10 bis 30 Meter unter dem Straßenpflaster befinden, bei deren Erbauung der Begriff „technisch-unmöglich“ ausgeschaltet gewesen ist, die sich im Eingeweide der Erde kreuzen, einander ausweichen, über- oder untereinander weglassen, mit denen man für einen Penny (8 Wfg.) oder für zwei, drei Pence in wenigen Minuten Strecken zurücklegt, für die ein Fußgänger Stunden brauchen würde, auf denen alle drei bis fünf Minuten Züge verkehren und in denen trotz der Tiefe stets eine reine, frische Luft zu finden ist, für die riesige Ventilatoren Sorge tragen. Hunderttausende sind es, die täglich dieses unentbehrliche Beförderungsmittel benutzen. Gleichwohl wickelt sich alles in gepenstlicher Ruhe ab. Die Haltestellen werden nicht immer ausgerufen. Du mußt selbst aufpassen, wenn deine Station gekommen ist. Und beile dich, Duzende steigen zwar aus, und Duzende steigen ein; doch gesprochen wird nicht; schon nach wenigen Sekunden werden die Wagentüren wieder zugeklappt, und die elektrisch betriebene Schlange verschwindet im Dunkel des Tunnelgewölbes; der von Glühlampen hell erleuchtete Perron liegt menschenleer da, bis nach wenigen Minuten der nächste Zug kommt

und das Schauspiel sich wiederholt. So geht es während zwanzig Stunden des Tages. Nur die Zeit von etwa 1 bis 5 Uhr nachts ist frei für Vornahme etwaiger Gleisreparaturen.

Wir bleiben oben. Zu sehen gibts hier mehr. Das da ist der Hyde- (Heid-)Park. Mit seinen 200 Hektar bildet er den größten freien Platz im Herzen Londons, das noch mehr als zwanzig andre Parks von kleinerem Umfang aufweist, darunter den Regent- (Rittschent-)Park mit dem berühmten Zoologischen Garten. Wäre es abends, so würdest du am und im Hyde-Park ein Stück englischen Volkslebens sich entwickeln sehen. Auf den weiten freien Plätzen des Parks finden Versammlungen statt, eine neben der andern. Wer sprechen will, spricht, und er spricht, worüber er will. Ueber Politik, über die wahre Religion, über den Wert der Raubjagd, über die Ausbeutung der Londoner durch die anderthalb Duzend Lords, Earls und Grafen, denen der unverkäufliche Grund und Boden der Stadt gehört und in deren Besitz ohne jede Entschädigung die Häuser nach einer gewissen Zeit übergehen. Du steigst auf einen Stuhl, einen Tisch, eine Tonne und fängst an zu reden. Vielleicht gelingt es dir, einige Zuhörer zu finden; vielleicht läßt man dich ruhig reden und bekümmert sich nicht um dich. Dann hörst du eben wieder auf. Einer polizeilichen Anmeldung bedarf es nicht. Man steht hier überhaupt wenige Policemen. Ein deutsches Polizeigewicht würde über die heillose Unordnung, die sich jedoch recht hübsch von selbst regelt, verzeufeln.

Die breite, von prächtigen Palästen eingerahmte Straße, die in unsern Autobus jetzt eingebogen ist, ist die Piccadilly Street (Stricht-Straße) und die Paläste sind Klubhäuser. In London müssen nachts 12 Uhr alle öffentlichen Schankstätten und Cafés geschlossen sein, in den Provinzstädten sogar schon um 10 oder 11 Uhr. Nur die Klubhäuser, die aber nur den Klubmitgliedern oder geladenen Gästen zugänglich sind, unterliegen keiner Beschränkung. Deshalb ist das englische Klubwesen so ungemein entwickelt. Auch die deutschen Arbeiter in London besitzen in der Charlotte-Street 107 ihr Klubhaus. Ein Nachtleben, wie es sich in den größeren deutschen Städten, namentlich in Berlin findet, kennt London nicht. Bald nach Mitternacht liegen auch die Hauptstraßen verödet da. Die Zigarren- und Zeitungsstände — in England gibt es kein Geze über den Laden-schluß — werden dann geschlossen, und auch die Obstverkäufer paden ihren Kram ein und fahren ihren Karren nach Hause. Vornehme Klubs in der Piccadilly-Street fordern von jedem, der Mitglied

werden will, den Nachweis, daß er jährlich 50 000 bis 100 000 Mk. Einkommen hat, sonst wird er nicht aufgenommen.

Das riesige Gebäude dort am Ufer der Themse ist das Parlamentsgebäude; neben ihm erhebt sich die Westminster-Abtei mit den Grabdenkmälern fast aller berühmten Engländer. — Jetzt paß auf! Der Autobus biegt nach der City ein, dem innersten Kern des ungeheuren Stadtleibes. Der Wagenverlehr wird beängstigend. Jeden Augenblick meinst du, unsern Autobus müsse mit einer Droschke, einem Lastwagen, einem andern Gefährt karambolieren; denn das Chaos von Wagen erscheint unentwirrbar, und jeder fährt drauflos, als ob er allein wäre. Aber nein. In Handbreite raffen die Wagen aneinander vorbei. Jetzt sind wir in der Cheapstede (Schappstede). Hier stoßen bei der Bank von England und der Paulskirche fünf Straßen zusammen. Der Wagenverlehr stockt. Mit einem Wink der Hand deutet der auf dem Straßendam stehende Schutzmann an, in welcher Richtung der Wagenverlehr vor sich gehen darf. Du hast Zeit, dir das unschöne Gebäude der Bank zu betrachten. Kein Fenster durchbricht nach außen das meterdicke Gemäuer. Aber in den Kellern liegen Hunderte von Millionen Gold in Barren und gemünztem Gelde und Milliarden an deponierten Wertpapieren. Auch deutschen Kronenträgern sagt man nach, daß sie ihre kleinen Ersparnisse dieser Bank anvertraut haben, die ein Heer von tausend Beamten beschäftigt und deren Gebäude 16 000 Quadratmeter umschließt.

Und weiter am Tower (Tauer) vorbei, der trostigen Schreckensburg des Mittelalters, nach dem Osten zu mit seinen Docks. Gleich neben dem Tower zwängt sich zwischen ihm und die Themse der Stadtteil Whitechapel (Weißschäpel) ein, das Quartier des furchtbarsten sozialen Elends. Jetzt sind weite Straßen durchgebrochen worden; aber in den von dumpfer Stidluft erfüllten Gassen und dunkeln Höfen wohnt noch heute das Grauen und das Verbrechen.

In den Docks streifen eben noch 80 000 Transportarbeiter, weil die Unternehmer den Vertrag vom vorigen Jahre gebrochen haben. Hibben wie drüben. Aber die englische Gewerkschaftsbewegung imponiert von der Ferne mehr, als wenn man ihr nahesteht.

Komm, wir müssen absteigen, obwohl du London noch nicht gesehen geschweige denn kennen gelernt hast. Hinüber auf das rechte Themseufer, zu dem 26 große Brücken führen, sind wir noch gar nicht gelangt. Dort wohnen auch noch Menschen. Nicht viele. Aber immerhin 3 1/2 Millionen.